

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 Mk. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Saargebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 Mk., für das übrige Ausland 27 Mk. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 95 Mk. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 80b.

Die achtspaltigen Anzeigenzeile ober deren Raum kostet 5.— Mk. einschließlich Steuerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das fertige Drucke Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk. einschließlich Steuerungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Drucke 1,30 Mk. netto pro Zeile. Größen-Drucke in Wort-Anzeigen: das fertige Drucke Wort 1,50 Mk., jedes weitere Wort 1.— Mk. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Zusammenstöße in Speyer

Provokationen der Polizei

Die Abwehr der Arbeiter

Drahtmeldung unseres Korrespondenten
Mannheim, 8. September.

Am Mittwoch der vorigen Woche demonstrierte in Speyer die Arbeiterschaft gegen die Treibereien der Monarchisten. Im Anschluß an die Demonstration drangen einige Personen in das Regierungsgebäude ein und warfen die Bilder und Säulen der Monarchen aus dem Fenster. Darauf ordnete die Staatsanwaltschaft in Frankenthal die Verhaftung von fünf Arbeitern an. Gendarmen drangen des Nachts in die Wohnungen dieser Leute ein und brachten sie in Automobilen nach Frankenthal. Darauf bemächtigte sich der Speyerer Arbeiterschaft eine gewaltige Erregung. Sie zog vor das Regierungsgebäude und zwang den Regierungspräsidenten, den Bürgermeister und den Polizeikommissar, mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen zu verhandeln. Gefordert wurde die sofortige Freilassung der Verhafteten. Der Regierungspräsident erklärte, dazu keine Vollmacht zu haben, die Verhaftung sei von der Staatsanwaltschaft Frankenthal ausgegangen. Im Verlauf der Verhandlungen wurden von bürgerlicher Seite lange Reden gehalten, die auf eine Verschleppung der Angelegenheit abzielten. Die Arbeiterschaft wurde unruhig, drang in den Verhandlungssaal und verlangte das Ergebnis zu wissen. Der Regierungspräsident erklärte in provozierender Form, er lasse sich durch den Druck der Straße keine Maßnahmen abzwängen. Die Arbeiterschaft stellte jetzt das Ultimatum: Sofortige Freilassung der Verhafteten oder der Regierungspräsident selbst gefangen. Als man sich belächeln gegönnt hatte, waren die das Gebäude besetzt haltenden Gendarmen und Schutzleute ohne jede Veranlassung auf die längst wieder ruhig gewordene Arbeiterschaft etwa 24—30 Schüsse ab. Es wurden mehrere Arbeiter schwer verletzt. Es kamen entsetzliche Szenen vor. Ein Mitglied der Arbeiter-Samariter-Kolonie wurde beim Verbinden eines Verletzten von hinten durch den Rücken geschossen. Als er aufstand, erhielt er noch einen Schuß ins Gesicht. Ein anderer Arbeiter hatte einen Schuß in den Rücken bekommen, stürzte eine Treppe hinauf, verfolgt von einem Gendarmenwachtmeister, der fortwährend feuerte. Der Flüchtige sprang aus dem zweiten Stockwerk, brach den Arm und verletzte sich schwer am Bein. Ein anderer Arbeiter, der einen Verwandten bergen wollte, wurde von dem Schuhmann Seiffel angeschossen. Auf der Straße schoß die Polizei weiter. Aus dem Polizeigebäude wurden Stindbomben unter die Menge geworfen. Eine derselben warf ein Arbeiter, als sie explodierte, zurück. Diesen Vorgang münzte das Wolff-Bureau in die Behauptung um, die Arbeiter hätten mit Handgranaten geworfen.

Die Arbeiterführer forderten nun vom Polizeipräsidenten, er solle persönlich Befehle geben, die Gendarmerie zurückzuziehen und der Schießerei ein Ende zu machen. Der mutige Mann erklärte, das könne er nicht, weil seine persönliche Sicherheit gefährdet sei. Daraufhin drängte die Arbeiterschaft auf eigene Faust die Polizeitruppen in ihre Gebäude und ließ sie nicht mehr heraus. Es wurde dann noch aus einer Hinterpforte auf die Arbeiter geschossen. Die französische Besatzungsbehörde sorgte schließlich dafür, daß die Menge in aller Ruhe auseinanderging und übernahm selbst die Polizeigewalt.

Eine Betriebsrätevollversammlung beschloß, die Arbeit ruhen zu lassen, bis die Verhafteten frei sind. Gestern früh kam dann ein Untersuchungsrichter aus Frankenthal, um sich zu informieren. Unter dem Druck der Streikandrohung der Arbeiterschaft der Badischen Anilin- und Sodafabriken in Ludwigshafen hat sich die Staatsanwaltschaft bereit gefunden, die Verhafteten bis zum Freitag freizugeben. In einer Sitzung auf dem Rathaus wurde vom Stadtrat gestern früh beschlossen, erstens den Verhafteten ihren vollen Wochenlohn zu erstatten, zweitens sämtliche an der Schießerei beteiligten Schutzleute vorläufig vom Dienst zu dispensieren, drittens den städtischen Arbeitern den vorgestrigen Streiktag zu bezahlen. Die Verantwortung für die Vorgänge trifft den Regierungspräsidenten und zwei bürgerliche Stadträte. Die Arbeiterschaft nahm die Mitteilungen mit eisiger Ruhe entgegen, was darauf schließen läßt, daß sie gewillt ist, mit eiserner Entschlossenheit ihre Rechte zu wahren. Die Lage ist so, daß, wenn die Regierung der Pfalz nicht nachgibt, der Generalstreik unvermeidlich ist.

Bereingefallene Kapitalschieber

Ludendorff, der Nationalheld der Deutschnationalen, war nicht nur der Organisator des Massenmordes, sondern er hat sich auch in hohem Maße als Organisator von Kapitalverschleppungen nach dem Auslande betätigt. Würde die Abneigung Heißerichs gegen diesen Betrug an den Finanzen des Reiches echt sein, so hätte er, anstatt die angeblichen Verschleppungen Erzbergers auf diesem Gebiet auf das gehässigste zu bekämpfen, in der schonungslosesten Bloßstellung seines guten Freundes Ludendorff eine viel bessere und dankbarere Aufgabe gehabt. Aber hier hat er genau wie die gesamte deutschnationale und bürgerliche Presse beide Augen zugedrückt, als wir vor mehr als einem Jahre in einem ausführlichen, mit genauen Angaben belegten Artikel auf diese Kapitalverschleppungen hinwiesen.

Daß sich damals und bis heute auch kein Staatsanwalt gefunden hat, der diese Verschleppungen zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht hätte, ist ebenso bezeichnend für die heutige Justiz, wie für die völlige Freiheit, die den Besitzenden bei dem Betrug am Reiche trotz aller Strafgesetzbestimmungen gegenwärtig gewährt wird. Daß sich darin freiwillig etwas ändern sollte, vermögen wir nicht zu glauben. Was uns jedoch damals nicht gelungen ist, das scheint jetzt von außen her erzwingen zu werden. Schon in unserer Abendausgabe vom 31. August wiesen wir auf die interessante Meldung aus Rom hin, in der mitgeteilt wurde, daß man in Rom den Mord an Erzberger mit dem Gerücht in Verbindung bringe, Erzberger besäße Dokumente, die Ludendorffs Teilnahme an der Kapitalflucht aus Deutschland bewiesen. Wird nun die taube und blinde Staatsanwaltschaft, die doch tut, als ob sie die Spuren der Mörder Erzbergers so eifrig verfolgte, ihre Aufmerksamkeit auch einmal diesen Zusammenhängen zuwenden?

Aber selbst wenn sie das nicht tun sollte, so wird doch über kurz oder lang mehr Licht in diese Angelegenheit kommen, als Ludendorff, seinen deutschnationalen Freunden und den übrigen Kapitalisten, die ähnliche Verschleppungen begangen haben, lieb ist. Unsere jüngste Meldung, daß der Name Ludendorffs auf der Gläubigerliste einer aus den verschobenen Kapitalisten gegründeten und jetzt verkrachten ausländischen Bank prangt, wurde zwar auch von der bürgerlichen Presse totgeschwiegen, wird jetzt aber in einer Züricher Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“ (erstes Morgenblatt, Donnerstag, den 8. September) bestätigt. In diesem Artikel wird die Aufmerksamkeit auf den Zusammenbruch der Züricher Depositenbank gelenkt, da

„Jawieso manche Leute in Deutschland, und nicht ganz unbekannt darunter, vom Zusammenbruch dieser Bank mit höchst unbehaglichen Gefühlen behaftet haben werden. Für die Allgemeinheit aber hat die Angelegenheit, die auf Personen und Praktiken unseres ansonsten régimes ein sehr seltsames Licht wirft, letzten Endes ein starkes politisches Interesse.“

Das Blatt erzählt dann weiter, daß die zusammengebrochene Bank ihr Unglück neben anderen Gründen zum großen Teile einem Deutschen, dem Rittmeister Erich Schmidt-Choné aus Berlin zu verdanken habe. Auch wir hatten diesen Herrn in unserem vorjährigen Artikel eingehend charakterisiert, und u. a. mitgeteilt, daß Senkungen, die ihm von deutschen Kapitalisten anvertraut waren, „zufällig verloren gingen“. Wir fügten hinzu:

„So waren Kapitalisten, die da glaubten, den Staat um Steuern und Vermögensabgabe zu pressen, manchmal selbst die betrogenen Betrüger. Denn Herr Schmidt-Choné, Leiter der Obersteuermantel Schmidt-Khedern, aus der Nachrichtenabteilung Ludendorffs, dieser Herr Schmidt-Choné war bis zur Revolution deutscher Espion in der Schweiz.“

Schon im Kriege waren ihm wichtige politische Nachrichten aus dem Hauptquartier, die sich gut zu Börsengeschäften auswerten ließen, oft gleichzeitig mit dem Berliner Auswärtigen Amt bekannt. Er brauchte viel Geld, um es mit vollen Händen auszugeben, und keine zahlreichen zweifelhaften Gründungen: zwei Inflation-, Effekten- und Depositenbanken in der Schweiz, dazu eine internationale Bank in Holland und zwei Aktiengesellschaften in der Schweiz, verschlingen allein schon hohe Betriebskapitalien, besonders aber, wenn die eine Aktiengesellschaft oder Bank immer mit den Aktien der anderen erworben worden ist.“

Diese Mitteilungen werden von der „Frankfurter Zeitung“ folgendermaßen bestätigt:

„Dieser Mann, der in der Aktionärsversammlung der Züricher Depositenbank ein Schwindler genannt, in der Gläubigerkonvention aus dem Rande des gerichtlich bestellten Sachwalters als Hochstapler gekennzeichnet wurde, war in und nach dem Kriege sozusagen ein Intimus des alten Regimes.“

Viele der hohen und hochpatriotischen Herren, die heute so gerne unter reichlicher Anwendung des Schimpfwortes „Schieber“ das von ihnen mitverschuldete Unglück Deutschlands ankündigen, eheischen und mutigen Menschen in die Schuhe schieben möchten, — Grafen und Erzherzogen, Generale und Diplomaten, sie werden ihre intime Freundschaft mit dem Meisterschieber Schmidt-Choné, dem ausgeplünderten Schuldner, der im April 1920 hier wegen Fälschungsbetrugs verhaftet war und nach dem

Die bayerische Krise

Verlagung der Sitzung des Ueberwachungsausschusses
Berlin, 8. September.

M. L. A. meldet: Die Beratungen der Reichsregierung mit den Vertretern der bayerischen Regierung und der bayerischen Koalitionsparteien haben heute nachmittags einen vorläufigen Abschluß gefunden. Die bayerischen Vertreter reisen heute abend nach München und werden das Ergebnis der Besprechungen mit der Reichsregierung der bayerischen Regierung und dem ständigen Ausschuß des Landtags unterbreiten, der am Sonnabend zusammentritt.

Die P. N. A. teilen dazu noch mit: „An die Sitzung des interaktionellen Ausschusses der Mehrheitsparteien schloß sich eine Kabinettssitzung, die bis nachmittags halb fünf Uhr dauerte. Darauf folgten wieder Besprechungen der Vertreter des Reichskabinetts mit den Vertretern der bayerischen Regierung und der bayerischen Koalitionsparteien. Um 6 Uhr — mit einiger Verspätung — begannen dann die am Mittag abgebrochenen Besprechungen des Kammerlats mit den Vertretern der Mehrheitspartei und Unabhängigen von neuem. Diese lagen sich bis in den späten Abend hin.“

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen soll vorläufig stillschweigen bewahrt werden. Die Aussichten für eine Einigung zwischen Berlin und München werden als recht günstig angesehen. Fest steht vorläufig nur das, daß der Ueberwachungsausschuß des Reichstages seine für morgen angelegte Sitzung nicht abhalten wird; sie wird auf Sonnabend nachmittag, vielleicht sogar auf Montag verschoben werden, damit die bayerischen Vertreter genügend Zeit haben, die Sachlage in München zur Klärung zu bringen.“

Die Erregung in Bayern

Drahtmeldung unseres Korrespondenten
München, 8. September.

Nachdem gestern vom Polizeipräsidenten ein Plakat des Bürgervereins genehmigt wurde, in welchem die Regierung Kahr aufgefodert wird, fest zu bleiben, haben die Gewerkschaften, die S. P. D. und die U. S. P. beschlossen, ihre Aufseher, die für die Reichsregierung und die Republik und gegen die Regierung Kahr und ihren Ausnahmestellung nehmen, ebenfalls zu placieren. Bochner lehnte die Genehmigung zur Plakatierung des U. S. P. Aufsehers ab und hat jetzt auch das Plakat der Gewerkschaften und der S. P. D. verboten. In der Druckerei der Reichsregierung wurden durch die Polizei Hausdurchsuchungen nach dem Plakat vorgenommen. Heute prangt an einer Münchener Plakatwiese zum Beweise der „Objektivität“ der Münchener Polizei ein Plakat der Halentanzler, das zu einer Versammlung am Freitag

einladet, in der Herr Hitler „in geziemender Ehrfurcht und Ehrerbietung“ sprechen wird über: „Der Johannes des Judenstaates, Mathias von Buttenhausen, sein Werk und sein Geist!“ Mit diesen Väterlichkeiten glaubt Bochner die Kräfte mundtot machen zu können, die für die Republik und die Verfassung eintreten.

In einer überfüllten Massenversammlung nahm die U. S. P. München heute abend Stellung zu dem Konflikt zwischen der Kahrregierung und dem Reich. Der Redakteur der verbottenen „Münchener Morgenpost“, Genosse Winter, fennzelshnete die durch die Rebellion der Kahrregierung geschaffene Krise und brachte den unerschütterlichen Willen der bayerischen Arbeiterschaft zum Ausdruck, die hinter der Reichsregierung stehe, solange diese die Republik gegen die Reaktion verteidige. Die Reaktion hat nicht gedacht, daß durch ihre Nordpolitik die Einigungsbewegung des Proletariats gefördert werde, sie sei aber letzten Endes doch ihr Erfolg gewesen.

Als Vertreter der nordbayerischen Arbeiterschaft schilderte Landtagsabgeordneter Fischer, Nürnberg, unter stürmischem Beifall die Kampfeslosigkeit des bayerischen Proletariats, das bereit sei, Südbayern zu hollernen, wenn Kahr auf seiner Bodenreinigkeit beharrt.

Die Münchener Kahrpresse heht heute wieder gegen die Reichsregierung. Die „Münchener Zeitung“ schreibt u. a., man sei sich nicht überall klar darüber, daß auch das Ministerium Kahr und wahrscheinlich auch die ganze bayerische Regierungskoalition von dem Berliner Ergebnis abhängig geworden ist. Selbst wenn man sich vorstellen kann, daß es der Ministerpräsident und seine Ministerkollegen fertigbrächten, sich auch bei einem unerkünftigen Mißerfolg der Verhandlungen mit Berlin zu beruhigen und weiter zu amtieren, als wenn nichts von Belang geschehen wäre, würde sich das Ministerium nicht halten können. Die treuesten Anhänger würden kopfschütteln werden, und mit der Autorität wäre es gründlich und auf immer vorbei. Unter keinen Umständen dürften die Verhandlungen mit einer Kapitulation vor den Berliner Herren beschlossen werden. Es müßte zur vollen Erkenntnis der Lage und als Warnung für die Reichsregierung und die bayerischen Koalitionsparteien darauf hingewiesen werden, daß eine solche bayerische Niederlage in Berlin die Krise durchaus nicht abschließen und Bayern damit wahrstandslos der höheren Berliner Einsicht und Verwaltung ausliefern würde, sondern es stehe schon heute fest, daß in diesem Falle eine ganz wilde und verantwortungslose Aktion ins Land getrieben werden würde, mit dem dann nicht mehr verfallenen Ziel der Separation. „Mittel und Wege und Organisationen dafür sind genügend vorhanden, und der Boden ist bereitet.“

Das Blatt plaudert also damit aus, daß die separatistische Bewegung bis jetzt noch verhältnißmäßig betrieben worden sei, daß aber die Mittel und Organisationen bereit stehen, um auch unverzüglich die Separationspolitik Bayerns zu betreiben, und man glaubt aufeinander jetzt den geeigneten Augenblick für gekommen,

heute die Zürcher Staatsanwaltschaft von neuem fahndet, nicht ableugnen können.

War Herr Schmidt auch kein aristokratischer Schieber, so darf er sich doch stolz den mit Aufträgen überhäuft Schieber der Aristokraten nennen; er betrieb, wie es im Berichte des gerichtlichen Sachwalters heißt, die Verschlebung deutschen Kapitals nach der Schweiz in ganz großem Stil. Willige Hilfer leisteten ihm dabei wertvolle Dienste, und hatte man an die Grenze endlich einen findigen Mann gelegt, der sich auf die Schliche der Kapitalverschleber ausnehmend verstand, so engagierte ihn Schmidt für ein Monatsgehalt von 3000 Franken als „Sekretär“ in die Schweiz weg und — ließ ihn hier spazieren gehen. Schon 1917 hat Schmidt sein Handwerk mit dem goldenen Boden zum Segen der damals herrschenden deutschen Rasse begonnen, und wenn er pro forma wohl auch Wirtschaftsspionage zugunsten Deutschlands getrieben hat, sein wirklicher Beruf war der Kapitalshummel zum Schaden Deutschlands.

Und über seine Geschäfte, die wir ebenfalls andeuten, schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

„In Schiebungen, Zusammenschaltungen und Scheingeschäften war er allerdings Meister. Zuerst verschaffte er sich durch Aktienwerb bei der Incasto- und Effektenbank Eingang und von hier aus erlangte er einen maßgebenden Einfluß auf die Depostitenbank, in dem er das Kunststück fertigbrachte, mit einem Baraufwand von 200 000 Franken die Hälfte der Stimmen, die einem Aktienbeß von 4 Millionen Franken entsprachen, in die Hand zu bekommen. Er hatte nur 50 Prozent einzuzahlen, und 2 Millionen Franken wurden der Depostitenbank tatsächlich bar vergütet, wenige Tage darauf aber übernahm die Depostitenbank 4500 Aktien der Incasto- und Effektenbank zum Kurse von 400, hatte also wieder 1,8 Millionen Franken zurückzuerstatten! Gewisse Persönlichkeiten der Bankleitung wußte Schmidt derart um den Finger zu wickeln, daß er etwa die Herausgabe von Wechseln einer insolventen Zürcher Firma im Betrage von 400 000 Fr. erreichte, mit der Angabe, er könne sie für die Bank vorteilhaft diskontieren, während er in Wirklichkeit damit einen seiner eigenen Gläubiger bezahlte. „Das ist nichts anderes als ein Betrug“ sagt der Bericht des Sachwalters. Wenn im übrigen fingierte Dekungen noch verpändert wurden, wenn Dividenden abwarfen, sich als Scheingeschäfte erwiesen, wenn für „einen Deutschen“ Aktien einer englischen Gesellschaft verkauft wurden, obwohl dies nur mit gefälschtem Affidavit (schriftliche eidliche Aussage vor Gericht, Red. d. Fr.) möglich war, und wenn vom Erlöse dann noch 13 550 Fr. „glatt unterschlagen“ wurden (wie der Sachwalter sich ausdrückt),

so genügt dies wohl zur Kennzeichnung eines Mannes, der, wie gesagt, der vertraute Finanzberater und Kapitalverschleber hoher und höchster Persönlichkeiten des alten Deutschland war; es kennzeichnet aber auch diese Persönlichkeiten selbst, die patriotische und andere Skrupeln fallen ließen, sobald der Geldbeutel gefährdet war.“

Wir haben dieser Kennzeichnung eigentlich nicht viel hinzuzufügen. Die Scheinheiligkeit und der krasse Egoismus der Besthenden ist wieder einmal entlarvt. Oeffentlich forderten sie zum „Durchhalten“ auf, geheime aber taten sie alles, um ihren Besitz bei dem von ihnen vorausgesehenen drohenden Zusammenbruch in Sicherheit zu bringen. Entlarvt ist aber auch jener Helferich, der diesen Verbrechern seiner Freunde und Bestimmungsgenossen, die unter seiner Amtszeit bereits einsetzten, mit verschränkten Armen zusah. Als er aber die Möglichkeit zu haben glaubte, Erzberger, seinen grimmigen Feind, eines ähnlichen Bergehens berechnigen zu können, da erstarrte er im Glorienschein des Sittenrichters, des Hüters der öffentlichen Moral und der Interessen der Allgemeinheit!

Zu den „hohen und höchsten Persönlichkeiten“, in deren Interesse der Kapitalverschleber und Kapitalgauner Schmidt-Choné arbeitete, gehörte auch, wir betonen das noch einmal, der General Ludendorff. Sein Nachrichtendienst hat ihm also geholfen, zwei Schlachten zu verlieren und für beide muß das deutsche Volk die Kosten tragen: für den verlorenen Krieg und für die verschobenen Kapitalkien.

Die gescheiterte Regierungsumbildung in Preußen

Besprechungen zwischen den früheren Koalitionsparteien

Auf Einladung des Präsidenten des Preussischen Landtages Leinert fand am Donnerstag nachmittag eine Verhandlung zwischen den früheren Koalitionsparteien, Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten, statt. Gegenstand der Verhandlung war eine Aussprache über die etwaige Neubildung der preussischen Regierung. Nach zweieinhalbstündiger Beratung war festzustellen, daß eine Uebereinstimmung einstweilen nicht erreicht werden könnte. Die Besprechungen sollen zu gegebener Zeit fortgesetzt werden.

Ueber den Verlauf der Verhandlungen erfahren die P. P. N. noch folgende Einzelheiten:

Nachdem Landtagspräsident Leinert unter Hinweis auf die jüngsten politischen Ereignisse und eine Anregung des Ministerpräsidenten Stegerwald die Einberufung der Besprechung begründet hatte, wurde seitens des Zentrums zunächst die Forderung erhoben, daß der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Abgeordneter Siering, den Vorwurf widerrufe, den er seinerzeit bei der Bildung des Kabinetts Stegerwald gegen die Unterhändler des Zentrums und der Demokraten erhoben habe, nämlich daß das Kabinett Stegerwald aus Wortbruch und Treubruch hervorgegangen sei. Abgeordneter Siering bedauerte, zu einem solchen Widerruf nicht in der Lage zu sein, da die aufgestellte Behauptung seiner festen und unwandelbaren Ueberzeugung entspräche; wohl aber sei er bereit, gemeinsam mit den Herren von den anderen Parteien eine geeignete Formulierung zu suchen, die das Moment der persönlichen Beleidigung ausschalte und nur den objektiven Inhalt der Behauptung aufrechterhalte.

Als allgemeine politische Orientierung hielten sodann Zentrum und Demokraten daran fest, daß die Neubildung der preussischen Regierung nur auf der Basis der breiten Koalition, d. h. unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei stattfinden könne. Von sozialdemokratischer Seite wurde dieser Gedanke abgelehnt; es könne sich jetzt lediglich darum handeln, daß die Sozialdemokratie wieder in die preussische Regierung eintrete und damit Preußen eine Regierung erhalte, die die gleiche Tendenz und die gleiche Zusammensetzung hätte, wie das Kabinett Dr. Wirth im Reiche. Eine Vereinigung der verschiedenen Standpunkte war nicht zu finden. Präsident Leinert schlug vor, vorläufig eine Regierung der alten Koalition zu bilden und nach ihrem Zustandekommen mit der Deutschen Volkspartei über ihren etwaigen Eintritt in die Regierung zu verhandeln. Auch dieser Vorschlag wurde vom

Zentrum und den Demokraten abgelehnt. Unter diesen Umständen ging die interfraktionelle Besprechung ganzlich ergebnislos auseinander, und es ist nicht anzunehmen, daß vor dem Wiederzusammentritt des Landtages, Ende September, noch irgendwelche weiteren Versuche zur Umbildung der preussischen Regierung unternommen werden.

Wie die P. P. N. weiter hören, hat Präsident Leinert dem Ministerpräsidenten Stegerwald Mitteilung davon gemacht, daß der Versuch, zu dem Stegerwald ihn angeregt habe, gescheitert sei. Auch Stegerwald habe sich daraufhin einverstanden erklärt, daß Präsident Leinert seine Mission als beendigt ansieht und vorläufig keine weiteren Schritte unternimmt.

Selbst das „Berliner Tageblatt“ muß sagen, daß eine Regierungsbildung mit der Deutschen Volkspartei unmöglich ist. Der jetzigen Regierungskoalition im Reiche stehe die Deutsche Volkspartei teils abgelehnt, teils in Opposition gegenüber. Sie habe es abgelehnt, die scharfe Wendung gegen rechts, die die Regierungsparteien im Reich in voller Geschlossenheit vollzogen hätten, mitzumachen. Was die Stunde verlangt, sei aber eine preussische Regierung, die der Reichsregierung homogen sei, weil nur dadurch eine reibungslose Zusammenarbeit in der jetzigen gefährvollen Situation ermöglicht ist. Wollte man jetzt auf der Hinzunahme der Deutschen Volkspartei in Preußen bestehen, so würde dadurch die Situation nicht erleichtert, sondern belastet. Das „Berliner Tageblatt“ wünscht schließlich zunächst den Eintritt der Rechtssozialisten in die Regierung, deren weitere Ausgestaltung von der Entwicklung im Reiche abhängig gemacht werden müsse.

Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus ist zu sagen, daß die Situation die Beseitigung des Kabinetts Stegerwald erfordert. Es muß eine Regierung in Preußen geschaffen werden, die die notwendige Umgestaltung in Verwaltung, Justiz und Schule sofort in Angriff nimmt. Die Regierung des Herrn Stegerwald besorgt aber nur die Geschäfte der Deutschnationalen, und insbesondere der „Demokrat“ Dominicus untersteht ganz den Einflüssen, die von den konservativen Geheimräten seines Ministeriums ausgehen. Eine Teilnahme der Deutschen Volkspartei an der preussischen Regierung darf nicht in Frage kommen; ihre Umbildung muß so erfolgen, daß eine Uebereinstimmung mit der Reichsregierung erzielt wird.

Eine Provokation der Reichswehr

Durch Tempelhof ging gestern nachmittag ein längerer Militärtransportzug, der auch einige Wagen mit Geschützen führte. Die Wagen waren mit kleinen schwarzweißen Fahnen geschmückt, auf dem Geschützwagen wehten zwei große Fahnen der Monarchie. Während des Haltens in Tempelhof benahmten sich die Soldaten äußerst provozierend und wiesen herausfordernd auf die monarchistischen Flaggen hin. Die Bevölkerung war darüber heftig empört. Sie sah wieder einmal, in welchem Ungeiste diese Reichswehr erzogen wird, und was die republikanische und sozialistische Bevölkerung im Falle eines monarchistischen Putsches von dieser Wehrmacht zu erwarten hat.

Die Regierung hat leithin versichert, daß die vielen Militärtransporte, die in letzter Zeit vor sich gehen, Manöverzwecken dienen. Warum die Reichswehr, die für einen Krieg nicht in Frage kommt, Manöver spielt, wollen wir einstweilen dahingestellt sein lassen, obwohl wir der Auffassung sind, daß die staatlichen Gelder für wichtigere Aufgaben verwendet werden sollten. Jedoch muß festgestellt werden, daß bei Militärtransporten der kaiserlichen Armee in der Vorkriegszeit niemals sämtliche Wagen schwarzweiß rot geflaggt waren. Wenn sich also die Wehrmacht der Republik bei ihren Manöverfahrten eine derartige Besflaggung erlaubt, so liegt darin eine bewußte Herausforderung der Bevölkerung. Selbstverständlich sind die Soldaten dabei unschuldig. Die Treibereien gehen von dem Offizierkorps aus, das zu 90 Prozent monarchistisch verwehrt ist und sich nicht als Stütze der Republik, sondern als Nachfaktor der nationalistischen Bewegung betrachtet.

Leithin hat die Regierung einen Tausch erlassen, der die Bevölkerung ermahnte, der Reichswehr mehr Achtung als bisher entgegenzubringen. Solange die Reichswehr mit monarchistischen Lappen prunkt und die Bevölkerung provoziert, wird ihr die republikanische Bevölkerung keine Achtung entgegenbringen können.

Ein Dollar = 97 Mark

Die „Frankfurter Zeitung“ meint, man soll als Kapitalübernehmer: „Stürmische Haufe in Devisen infolge des absoluten Defizits in Gemeinschaftsbewußtsein“. Damit will das Blatt sagen, daß die kapitalistischen Kreise in der Notlage des Reichs nur eine dauernde Quelle für ihre persönliche Bereicherung sehen. Nur ein Streben gilt bei ihnen: der Profit; die andauernde Verschlechterung der deutschen Valuta wird von ihnen ausdrücklich gefördert. Der Sturz der deutschen Mark ist nicht allein eine Folge der Leistungen für die Reparation, sondern er wurde verstärkt durch die Sucht der kapitalistischen Welt, sich aus der Hochflut des Papiergeldes in das Reich der Sachwerte zu retten. Die Spekulation hat einen so großen Umfang angenommen, daß die Börse bis zu Montag geschlossen werden mußte, damit die Banken die ihnen erteilten Aufträge ausarbeiten können. Nur die Kurse für Devisen und ausländische Noten werden festgesetzt. Der offizielle Börsenverkehr ruht bis dahin. Gestern abend wurde für den Dollar 97 Mark, für das englische Pfund 366 M., für den französischen Franc 7,32 M. notiert. Damit ist fast der niedrigste Stand der deutschen Valuta aus dem Frühjahr 1920 wieder erreicht.

Wie sich die Reparationszahlungen auf den Stand der Reichsbank auswirken, das erkennt man aus folgender Aufstellung:

	Einnahmen	Umlauf	Geldbestand
7. Juni 1921	60 415,5	72 146	1 061,5
7. Juli 1921	71 126	75 889	1 061,5
6. August 1921	76 129,8	77 654,7	1 061,5
31. August 1921	84 043,9	80 072,7	1 023,7

Die Summe der Schahanweisungen ist also in den letzten drei Monaten um 24 Milliarden, der Notenumlauf um 8 Milliarden gestiegen. In demselben Verhältnis wächst auch die Verschuldung des Reichs.

Es wird höchste Zeit, daß durch die Heranziehung des Besizes dieser unheilvollen Entwicklung ein Ende gemacht wird.

Sehr günstige französische Ernte. Im französischen Ministerrat stellte der Landwirtschaftsminister fest, daß die bisherigen Ergebnisse der französischen Getreideernte als sehr günstig anzusehen wären. Man schätzt den Gesamtertrag der diesjährigen Ernte auf 57 Millionen Zentner.

Der mitteldeutsche Aufstand

Neue Zeugenaussagen

Im Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages wurde am Donnerstag die Vernehmung der Generalzeugen fortgesetzt. Regierungspräsident v. Gersdorff erklärte zur Ausländerfrage, daß die Ausländer zum Teil Handelsleute, zum Teil aber russische Emigranten waren, die auch Verlamunungen abteilten. An der Zugehörigkeit dieser Russen zur kommunistischen Partei könne kein Zweifel bestehen, da sie von Hölz, Josef Schneider und anderen bekannten Kommunisten eingeführt waren. Der Zeuge ist der selben Ueberzeugung, daß schon vor dem Kapp-Putsch eine organisierte Rote Armee bestanden habe. Schon 48 Stunden nach dem Ausbruch des Kapp-Putschs sind militärisch stark organisierte Kompagnien durch Mecklenburg marschiert. Speziell in Leuna waren 16 Kompagnien vollständig militärisch aufgestellt mit Infanterie und Artillerie-Abteilung, mit Kanfern und Panzerwagen (?). Die Aushebungen wurden in den Dörfern mit Billigung der Gemeindevorsteher vorgenommen, die Einwohnerschaft wurde zusammengeblasen und aufgefordert, den Russländern beizutreten. Nachfahrtskolonnen waren ständig unterwegs, so daß sich das Bild einer unter der Oberfläche fest organisierten Masse ergab.

Auf Befragen des Vorsitzenden, ob diese Truppenbildung von langer Hand vorbereitet gewesen, sagt Zeuge aus, bestimmte Nachrichten darüber hätten ihm nicht vorgelegen, sonst hätte er zugestimmt. Weiter erklärte der Zeuge, es sei anzunehmen, daß die

Waffenlager, die in rechtsorientierten Kreisen gefunden seien, aus den Beständen herrühren, die von der Regierung der Gütern und den Einwohnerwehren zum Schutz vor Verfassungsgefahr gestellt worden seien. Die Waffen der Einwohnerwehren seien fast restlos nach dem Kapp-Putsch in die Hände der Kommunisten gefallen. — Abg. Kahlke (D.M.) fragt, ob sich die Blätternachrichten bewahrheiten, daß Abteilungen der Roten Armee Waffen- oder Schießübungen veranstalteten. Der Zeuge erklärt, diese Nachrichten hätten sich nicht als berechtigt erwiesen. — Abg. Christiane (U.Soz.) fragt den Zeugen, ob ihm bekannt sei, daß die „Halle'sche Zeitung“ und andere rechtsgerichtete Organe eine solche Sprache geführt haben, daß die Arbeiter wohl einen Kapp-Putsch befürchten konnten. — Der Zeuge erwidert, die „Halle'sche Zeitung“ sei nicht das Sprachrohr der rechten Parteien, sondern nur eines Teiles. — Abg. Kallian weist auf die Vereine

„Stadt und Land“ und „Stahlhelm“ hin. Der Zeuge erwidert, Vertreter des „Stahlhelms“ hätten ihm selbst erklärt, daß sie sich unter keinen Umständen politisch betätigen wollten.

Die Vernehmung wandte sich darauf der Beteiligung kommunistischer Parteien an der Entsetzung und Leitung des Aufstandes zu. Zeuge Regierungspräsident v. Gersdorff befuhrte. Wir hatten die Ueberzeugung, daß ein derartiger Aufstand geplant wurde. Die

polizeiliche Aktion kam zu einem Zeitpunkt, wo die Vorbereitungen der Aufstände noch nicht abgeschlossen waren. Einzelne politische Persönlichkeiten benutzten nun diese Gelegenheit, die polizeiliche Aktion in einer politischen aussugestalten. Ramentlich tat dies der Schneider'sche Blatt in Eisleben. Ohne Zutun der Parteien wäre der Zustand bestimmt nicht gekommen.

Abg. Dr. Piebmech: Also die Hörtung'sche Aktion war der unmittelbare Anlaß? Haben Sie vor deren Folgen gewarnt?

Zeuge v. Gersdorff: Im Gegenteil, ich stand von jeher auf dem Standpunkt, daß das Einrücken von Schutzpolizei in Eisleben zur Beruhigung und Verhinderung von Verbrechen notwendig war.

Nach der Mittagspause erklärte Zeuge v. Gersdorff zum General Casparel: Casparel hat erklärt, er betrachte die ihm zur Last gelegten kommunistischen Aeußerungen als kein staatsbürgerliches Recht, ganz abgesehen von seiner Tätigkeit als Landrat. Er habe aber keinen Zweifel daran gelassen, daß er den gewalttätigen Umsturz der Regierung anstrebe. Von einem Kesseltreiben gegen Casparel kann nicht gesprochen werden (!)

Fortsetzung der Zeugenvernehmung: Freitag vormittag 10 Uhr

Die Versammlungsfreiheit

Der Polizeipräsident von Berlin hat an die politischen Partei-Organisationen Groß-Berlins ein Schreiben folgenden Wortlautes gerichtet: Die gegenwärtigen politischen Verhältnisse, die zweifellos auf die Wahrung der Versammlungsfreiheit in Berlin einwirken werden, haben in Berlin Zustände geschaffen, die die versammlungsmäßig gewählteste Versammlungsfreiheit bedrohen. Ich habe bisher davon abgesehen, auf Grund der Verordnung der Reichsregierung vom 29. August 1921 besondere einschneidende Maßnahmen zu treffen, die in ihrer Auswirkung schließlich alle Parteien in ihrer Betätigung behindern würden. Verschiedene Vorommnisse der letzten Zeit zwingen mich jetzt, die angebotenen Maßnahmen erneut in Erwägung zu ziehen. Vorher ich endgültige Anordnungen erlasse, halte ich es für geboten, die Vertreter aller Parteien zu einer Aussprache einzuladen. Bei der politischen Krise der Berliner Bevölkerung und bei der wachsenden Leitung der bestehenden Partei-Organisationen hoffe ich, von der Aussprache eine Verständigung, die ein behördliches Eingreifen möglichst vermeiden läßt. Die Besprechung, zu welcher ich die Entsendung eines Vertreters erbitte, wird am Montag, den 12. September, nachmittags 5 Uhr, im Polizeipräsidentium, Alexanderplatz, im 1. Stockwerk, Zimmer 158, stattfinden.

Drohender Angestelltenstreik in den städtischen Werken und Häfen

Seit dem 1. April d. J. sind die Angestellten der städtischen Werke und Häfen tariflos, weil der Magistrat die Erneuerung des abgelauteten Tarifvertrages ablehnt. Alle bisherigen Verhandlungen verliefen resultatlos. In einem von den beteiligten freien Gewerkschaften gegen den Magistrat eingeleiteten Schiedsverfahren wurde am 19. August einstimmig dahin entschieden, daß der Magistrat verpflichtet ist, einen neuen Tarifvertrag abzuschließen. Trotzdem die vom Magistrat selbst benannten Arbeitgeberbeisitzer mit dem unparteiischen Vorsitzenden diesen Schiedspruch einmütig mitgefaßt haben, desavouierte der Magistrat seine eigenen Vertreter im Schlichtungsausschuß, indem er den Schiedspruch ablehnte.

Die Angestelltenchaft nahm gestern in einer starkbesuchten Versammlung in der Bodendaueri zu diesen Vorgängen Stellung und faßte einstimmig folgenden Beschluß:

„Die Vollversammlung der Angestellten der Gas- und Elektrizitätswerke sowie des Osthafens beschließt am Freitag, den 9. September, eine Streikaktion in den beteiligten Betrieben, getrennt nach Gewerkschaften, vorzunehmen. — Der Zentralstreikleitung wird die Vollmacht erteilt, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften Tag und Stunde des Streikbeginns festzusetzen.“

Wirths Bruder Sozialdemokrat. Von den badischen politischen Parteien veröffentlicht als erste die Mehrheitssozialdemokratie ihre Kandidatenliste für die bevorstehende Landtagswahl. Von den seither 36 sozialistischen Abgeordneten sind nur 14 als Kandidaten wieder aufgestellt. Im vierten Wahlkreis Offenbach erscheint an zweiter und damit ausführender Stelle des sozialistischen Wahlvorschlages der Eisenbahninspektor Wirth in Uppenmeier, nach der „Frankfurter Zeitung“, ein Bruder des Reichskanzlers Dr. Wirth.

Die Politik der christlichen Gewerkschaften

Nichtlinien des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der Ausschuss des Deutschen (Christlichen) Gewerkschaftsbundes hatte am 4. und 5. September in Berlin eine Sitzung, in der politische Richtlinien für den Deutschen Gewerkschaftsbund beschlossen wurden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist ein Teil der Zentrumsbewegung, und die Richtlinien bewegen sich durchaus auf dem Boden der Zentrumspolitik, lassen aber erkennen, daß die führenden Persönlichkeiten im Deutschen Gewerkschaftsbunde in den wichtigsten Fragen jener Richtung im Zentrum folgen, die gegenwärtig dort entscheidend ist und vom Reichstanzler Birck geführt wird. Die Richtlinien sprechen zwar dem Ministerpräsidenten Stegerwald, dessen Gegenstand zur Richtung Birck nur mit Mühe und wenig Geschick vertuscht wird, ein müßiges Vertrauen aus. Sie weisen Versuche zurück, die diese Vertrauensverhältnisse zu erschüttern versuchen, aber diese Vertrauensumgebung ist verständlich, denn Stegerwald ist Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund beklagt in seinen politischen Richtlinien die „vergiftende Hochspannung der politischen Leidenschaften“, die gegenwärtig vorherrscht. Die Finanzlage des Reiches sei schwer, aber die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen müsse versucht werden. Zur Frage der Aufbringung der Mittel erklären die Richtlinien:

„Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes erwartet daher von der Reichsregierung, daß sie vor einem Eingriff in die Substanz der großen Vermögen nicht zurückzucken wird, soweit durch diesen Eingriff nicht das für die Aufrechterhaltung der Produktion unentbehrliche Betriebskapital vernichtet wird.“

Die christlichen Gewerkschaften fordern ferner die rückwärtslose Erfassung der Handelsgewinne und stellen fest, das bisherige Steueraufkommen lasse erkennen, daß in bestimmten Teilen Deutschlands die Landwirtschaft den gerechterweise auf sie entfallenden Teil der allgemeinen Belastung nicht getragen hat. Der Ausschuss wendet sich entschieden gegen die in manchen besonders in ländlichen Gegenden zu beobachtende Steuerlabotage. Dann fährt die Rundgebung fort:

„Der Ausschuss verlangt mit allem Nachdruck, daß die durch die Steigerung der Lebensmittelpreise sich ergebende Werterhöhung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes unter Anpassung an die besonderen Produktionsverhältnisse der Landwirtschaft und unter gleichzeitiger Inangriffnahme der Neuordnung des Hypotheken- und Bodenrechts voll erfaßt wird.“

Und schließlich stellen die Richtlinien fest, daß wiederum eine Teuerungswelle durch das Land geht, die in ihrer Höhe in den Produktionskosten nur teilweise begründet ist. Dem schließt sich ein Appell an alle Erzeuger und Händler in Stadt und Land an, in dem es heißt:

„Fremd jeder Rücksicht auf die eigenen Volksgenossen, erfüllt vom Geist niedrigerer und verächtlicher Selbstsucht, werden die durch die Reparationsverpflichtungen erschwerten Lebensbedingungen unseres Volkes von Erzeugern und Händlern in Stadt und Land zur Bewucherung der ohne Beschäftigung an Produktionsmitteln lebenden Lohn- und Gehaltsempfänger aller Art vielfach schamlos ausgenützt.“

Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes richtet an alle Erzeuger in Stadt und Land, an alle Unternehmer in der Landwirtschaft, im Handel und Gewerbe die eindringliche Mahnung, sich ihrer politischen und sittlichen Verantwortung für das Schicksal unserer Volksgemeinschaft bewußt zu sein und dem großen Ziele der Ueberbrückung der zwischen Stadt und Land, Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Kluft das bedenkenlose Streben nach möglichst hohem Gewinn unterzuordnen.“

Den Schluß der Rundgebung bildet ein Hinweis auf die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen und die Forderung nach einem Ausbau der Sozialversicherung.

Der Appell des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die sittliche Verantwortung der Geschäftsmacher in Stadt und Land ist sicherlich ausrichtig gemeint, aber er wird wenig Zweck haben. Je tiefer die Kurve der Not in diesen letzten Jahren gesunken ist, um so höher ist die Kurve der Wuchergewinne regelmäßig gestiegen. Der Geldschrank und das Kassensuch der Profitthamer haben kein Gewissen, sie allein und ihre Hände aber sind für die Handlungen des Unternehmertums entscheidend.

Hier zeigt sich also der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes etwas naiv, aber das gehört bei ihm zum guten Ton. Im übrigen erhebt er Forderungen, mit denen wir einverstanden sein können. Es wird nun abzuwarten sein, wie weit der Deutsche Gewerkschaftsbund seinen Einfluß für die Erfüllung dieser Forderungen einsehen wird. Auch hier sind wir nach einigen Erfahrungen, die wir mit Vertretern der christlichen Gewerkschaften in den Parlamenten gemacht haben, misstrauisch.

Aus dem Stadtparlament

Nach Eröffnung der Sitzung durch Vorsitzender Dr. Weyl gelangte ein dringlicher Antrag der Stadt v. Eynern u. Gen. (Sp.) dahin, den Magistrat zu ersuchen, bei der jetzt erfolgenden Reorganisation der Volkshilfe für die in den hiesigen Privatschulen angestellten Lehrpersonen auch die Schuldner, Heizer und das Reinigungspersonal zu berücksichtigen.

Stadt v. Caspari (Sp.) erklärt, daß seine Fraktion ihren Antrag, der sich auf die gegen die neuerdings vorgekommenen Störungen von Versammlungen der Rechtsparteien und Wohltätigkeitsveranstaltungen bezog, mit Rücksicht auf die am Montag stattfindende Beratung im Polizeipräsidium vorläufig zurückziehe.

Es folgt die Beratung des Antrages Weyl und Gen. betr. Uebertragung der dem Polizeipräsidium durch das Lichtspielgesetz vom 22. Mai 1920 eingeräumten Befugnisse auf das Jugendamt der Stadtgemeinde Berlin, welche nach dem Antrage des Ausschusses und eines Zusatzes der U. S. V. angenommen wurde.

Es folgte die Anfrage des Stadt v. Neumann (Sp.) und der Stadt v. Dove u. Gen. (Dem.) betr. die Geschäftsführung in der Hauptfürsorgestelle für Kriegsschadigte und die Geschäftsführung des Dr. Rudolph-Franzke.

Die Anfrage wurde von Stadt v. Kröpelin (Sp.) in längerer Rede begründet mit Hinweis auf die vielbeschäftigte Affäre Rudolph-Franzke, die eine gründliche Untersuchung und Klärung vor der Öffentlichkeit dringend verlange. Der Magistrat habe eine Vorlage gemacht, durch welche die Neueinrichtung von Stellen in der Hauptfürsorgestelle der Kriegsschadigten und Kriegshilfsbediensteten beantragt wird; dies sei erfreulich, man müsse aber bedauern, daß diese Vorlage erst eine Folge des Eingreifens der Reichsregierung sei.

Stadtsyndikus Lange gibt in sachlicher Darstellung an der Hand der Akten chronologisch eine Darstellung der Vorgänge in der Affäre des Dr. Rudolph Franzke. Tatsache sei, daß Franzke im August 1918 rief in Erlangen promoviert hat. Richtig ist es, daß sein Antrag auf Namensänderung abgelehnt worden ist, aber merkwürdigerweise sei ihm eine Bescheinigung ausgestellt worden, daß er identisch sei mit der Person, die den Schriftführernamen Dr. Rudolph führt. (Selbsterklärung.) Über nachdem herausgestellt hatte, daß er ein ihm gewährtes Darlehen von

Der bayerische Ausnahmezustand in der Praxis

Von Dr. Philipp Loewenfeld, München

Die Koalitionsparteien des Bayerischen Landtages haben eine Kommission von Politikern und Beamten nach Berlin entsandt. Sie soll der Reichsregierung klarmachen, daß die Aufrechterhaltung des bayerischen Ausnahmezustandes nötig ist, daß andererseits der dem Reich verhängte Ausnahmezustand nur durch Organe der bayerischen Staatsregierung vollzogen werden darf. Die bayerische Regierung läßt zugleich durch den Mund des Gesandten von Preger ihren Rücktritt ankündigen für den Fall, daß die Kommission ihr Ziel nicht erreichen wird. Sie läßt der „Bezirksamts“ Ausdruck geben, der Rücktritt dieser „populärsten“ Regierung könne Bewegungen auslösen, über deren Tragweite sich heute niemand im Klaren sei. Aus dem Deutsch der Ordnungsregierung kahrt in das gewöhnliche Deutsch über, das bedeutet das die offene Drohung mit separatistischem Uffsall, den reaktionären Staatsstreik.

Diese Verfassung hat in Bayern seit dem Tage ihres Bestehens noch keine Stunde gegolten. Die öffentliche Ruhe und Ordnung war angeht seit dem August 1919, im Monat des Inkrafttretens der Verfassung, in Bayern ständig in so hohem Maße gestört oder gefährdet, daß die wichtigsten verfassungsmäßigen Grundrechte (Freiheit der Person, Unverletzlichkeit der Wohnung, des Post-, Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen, Freiheit der Meinung in Wort, Schrift, Druck und Bild und in sonstiger Weise, Freiheit des Versammlungs-, Vereins- und Gesellschaftswesens) dauernd „einstweilig“ außer Kraft gesetzt werden mußten. Wiederholt ist in der Öffentlichkeit darauf verwiesen worden, in welcher getreuer Weise diese „einstweiligen“ Dauermaßnahmen

das Vorbild der russischen Zaren

kopieren, die beispielsweise auch die ordentliche Gerichtsverfassung für politische Delinquenten immer nur „einstweilig“ außer Kraft setzen ließen. Daß dabei die für die Praxis des bayerischen Ausnahmezustandes verantwortlichen Personen diesen ausschließlich gegen links handhaben, sich dagegen der rechtsradikalen Gefahr gegenüber völlig blind stellen, braucht den Lesern sozialistischer Blätter nicht mehr bewiesen zu werden.

Dabei ist zu beachten, daß viele Eigentümlichkeiten des bayerischen Ausnahmezustandes mit Politik an sich nicht das geringste zu schaffen haben, daß aber die bayerische Regierung und ihr Anhang auch in der Aufrechterhaltung dieser Eigentümlichkeiten mit einer Hartnäckigkeit festhält, die einer besseren Sache würdig wäre. Warum in aller Welt sollte es z. B. die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährden, wenn die Laienbesitzer der

bayerischen „Volksgerichte“

ausgelöst würden, wie das für jeden Rechtsstaat eine glatte Selbstverständlichkeit bedeuten würde, statt daß sie ernannt werden, und statt daß man bei allen politischen Prozessen immer wieder denselben Gesähten, anerkannt zuverlässiger Väterlicher begeben würde? Zu weis Standes Vorgängen dieses Prinzip führt, zeigt sich z. B. an der Tatsache, daß im vorigen Jahre das Volksgericht Hof einen bereits ernannten Besitzer des dortigen Schußwaffenbesitzes wieder entließ, weil sich herausstellte, daß der Mann der U. S. V. angehört. Warum erfordert es das öffentliche Interesse, daß jeder Beschuldigte im vorkriegsgerichtlichen Verfahren des ihm im ordentlichen Verfahren zustehenden Rechtsmittels der weiteren Haftbeschwerde grundsätzlich beraubt ist? Warum müssen alle Personen, die in den letzten zwei Jahren in Bayern des schweren Diebstahls oder der Hehlerei, des Taschens oder der Notzucht verdächtig waren, im Falle ihrer vollgerichtlichen Beurteilung nicht nur der Berufung und der Revision entbehren, sondern auch außerstande gesetzt werden, die Wiederannahme des Verfahrens zu betreiben, wenn sich das Urteil als fehlerhaft herausstellt? Die bayerische Regierung hat demgegenüber wiederholt erklärt, man solle ihr erst einmal ein Fehlurteil eines Volksgerichtes zeigen! Wie ist das möglich, wenn diese Urteile weder durch Rechtsmittel anfechtbar sind, noch durch Wiederaufnahme korrigiert werden können, wenn also nicht festgestellt werden kann, ob es wirklich wahr ist, daß dieser oder jener Wilderer auf einen Jäger geschossen hat, daß ein Dieb tatsächlich durch ein Fenster gestiegen ist, daß ein Erpresser wirklich von einem Dritten begünstigt worden ist usw.? Oder sollte es die bayerische Staatsregierung tatsächlich als ein zutreffendes Urteil ansehen, wenn das Volksgericht München im Jahre 1921 einen 18jährigen kommunistischen Rufführer mit einem Jahre 6 Monaten Zuchthaus bestrafte, weil er sich die Adressen von Mitgliedern der Reichs-, Sicherheits- und Einwohnerwehr aufgeschrieben hatte, und weil das Gericht erklärte, es habe die Ueberzeugung, daß dies zu dem Zwecke geschehen sei, um die Genannten im Falle eines politischen Aufstandes umzubringen? Derartige Dinge lassen sich in keiner Weise durch die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung motivieren. Es mußte das Rechtsbewußtsein des bayerischen Volkes auf das schwerste erschüttern, wenn Monate und Monate hindurch die Instabilitäten, die von der Gewalt reden, in schwere Gefängnis- und Zuchthausstrafen genommen wurden, während die Rechtsradikalen, welche sie betätigten, entweder nicht gefunden oder in lächerlich niedrige Strafen genommen wurden. Man denke z. B. daran, daß die beiden reaktionären Studenten, die zugegen waren den Reichswalden Mag. Döner halb toteschlagen hatten, vom Schöffengericht freigesprochen mit je 150 Mark Geldstrafe bedacht wurden. Eine

gerichtlich-staatliche Anreizung zur Gewalttätigkeit,

wie man sie sich krasser kaum denken kann.

Man hat als einen Vorzug der Volksgerichte die Schnelligkeit ihres Verfahrens gepriesen. Wenn es sich darum handelte, einen Abgeordneten des Schutzes der Immunität zu berauben, dann hat sich das Verfahren der Volksgerichte allerdings in einer geradezu sagenhaften Fixigkeit abspielet. Man denke etwa daran, daß die Beurteilung des Landtagsabgeordneten Josef Eisenberger, der infolge einiger Versammlungsreden 2 Jahre Gefängnis wegen „Aufreizung zum Klassenhaß“ auf-

gebrummt erhielt, daß dies gerade noch am Tage vor dem Inkrafttreten des bayerischen Landtages stattfinden konnte, dem die Entschädigung darüber, ob er für diesen Abgeordneten das verfassungsmäßige Immunitätsrecht reklamieren wolle, auf diese Weise vom Gericht freudlichst abgenommen wurde. Man erinnert sich daran, daß zur Festnahme dieses Abgeordneten ein besonderes Schutzmansaufgebot von München nach Traunstein im Bayern entsendet wurde mit dem Auftrag, diesen auf frischer Tat zu ertappen! Diese Vorgänge haben die volle Billigung der bayerischen Koalitionsparteien und der bayerischen Regierung gefunden. Auf der anderen Seite bedeutet es zweifellos eine schwere Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, wenn in der Frage, ob jemand einen Mord, einen Totschlag begangen hat, die von der Justizverwaltung abhängige Staatsanwaltschaft so verfahren zu entscheiden hat, ohne an die Meinung irgendeines Gerichtes gebunden zu sein. Mir sind Fälle bekannt, in denen Verfahren wegen Beihilfe zum Mord und dergl. von der Staatsanwaltschaft trotz dringenden Verdachtes eingestellt wurden, ohne daß auch nur die wichtigsten Tatzeugen richterlich oder staatsanwaltschaftlich vernommen worden wären.

Die Praxis der Schußhaft und der Ausweisungen

In Bayern ist zu bekann, daß zu ihrer Verletzung viele Worte verloren werden müßten. Man hat hervorgehoben, daß es gegen Schußhaft und Ausweisung in Bayern die Anrufung der zivilistischen Instanz im Wege der Beschwerde gäbe. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß sich die bayerischen Schußhaft-Beschwerdegerichte bisher weniger als unabhängige Gerichte, denn als Organe der Staatsverwaltung gefühlt zu haben scheinen. Sonst wäre es nicht zu verstehen, daß sie von dem ihnen verordnungsmäßig zustehenden Rechte bei Schußhaft, Ausweisung und Zeitungsverbot mündliche Verhandlungen anzuberaumen, noch nicht in einem einzigen Falle Gebrauch gemacht haben, sondern stets nach „Aktensage“, d. h. auf Grund der einseitigen Behauptungen der Polizeibehörden entschieden haben. Das Recht des Verfallens und Ausweisungen, bzw. der verbotenen Zeitungen, sich gegenüber den Beschlüssen der Polizeibehörde durch eine Beschwerde zu äußern, ist eine Farce, da dem Verfallenen usw. und ihren Vertretern eine Einsicht in die Polizeiakten nicht gewährt wird. Dies hat z. B. in dem bekannten Falle Hollander-Deutsch dahingeführt, daß zur Ausweisung von dem Staatskommissar für Oberbayern Taffachen und Behauptungen herangezogen wurden, deren Wiedergabe in einer Zeitung das Amtsgericht München als üble Nachrede gegenüber dem Ehepaar von Hollander mit 400 Mark Geldstrafe abtand. Die diebezüglichen unwahren Behauptungen waren von dem damaligen Bezirksamtmann von Dachau und jetzigen bayerischen Justizminister Dr. Roth aufgestellt worden. Bekannt ist auch das speziell von dem Staatskommissar Poehner beliebte Verfahren, politische Angeklagte im Falle ihres gerichtlichen Freispruchs vermittels eines für diesen Fall bereits vorher ausgefertigten Schußhaft- oder Ausweisungsbefehls

im Sitzungssaale festnehmen

zu lassen. Ebenso ist der Öffentlichkeit hinlänglich das Verfahren des gleichen Staatskommissars bekannt geworden, bei Störungen eines Theaterstückes durch rädikalistischen Pöbel nicht die Friedenskörper zu lassen, sondern das Stück zu verbieten.

Daß ein derartiges System der Rechtsunsicherheit vielfach zu vollkommener Begriffsverwirrung und Korruption führen mußte, ist klar. Die Öffentlichkeit ist nach dieser Richtung in Bayern schon so abgestumpft, daß auch große Kaliber bei ihr kaum noch Eindruck machen können. So hat man z. B. die Mitteilung, daß in der Münchener Polizeidirektion antilettischen Heßern und Erpressern, wie dem Studenten Brähler, Einsicht in Polizeiakten gewährt wurde, während sie Rechtsanwälte versagt ist, mit aller Gemütsruhe aufgenommen, und die Polizeidirektion hat es nicht einmal für nötig befunden, sich gegen diesen öffentlich erhobenen Vorwurf zu verteidigen. Ich habe bereits vor mehr als einem halben Jahre in einem Schriftsatz an die Münchener Polizeidirektion erklärt, ich könne jederzeit bewellen, daß einer ihrer Beamten zwei Tausend Geld dafür angeboten hat, wenn sie ihm einen Verhaftungsgrund für einen der Polizei in einem politischen Prozeß unbenommen nennen könnten. Auf diesen Schriftsatz ist niemals das Geringste geantwortet; der betreffende Beamte, dem auch von anderer Seite schwere Verbrechen zur Last gelegt wurden, amtiert noch heute in der Polizeidirektion München weiter. In dem jüngsten großen Sprengstoffprozeß in München wurde einwandfrei festgestellt, daß unter fünf Kommunisten, die zusammenhängen, kein ein Spigel ist, ohne daß man herausbekommt, wer derselbe ist.

Ein System dieser Art hat keinen Anspruch auf die Dauer. Selbst wenn man behaupten könnte, daß in Bayern nicht ohne Ausnahmezustand regiert werden könne, müßte dieser Ausnahmezustand fallen. Eine Reichsregierung, die ihn bestehen ließe, würde der weiteren

Verwilderung aller Rechtsbegriffe,

wie sie in den Fällen Garis und Erzberger ihren traurigsten Ausdruck gefunden hat, direkt Vorfuß leisten. Man wende nicht ein, daß die Reichsregierung selbst nunmehr Ausnahmemaßnahmen getroffen habe. Einmal sind diese gleichmäßig für das ganze Reichgebiet ausgesprochen worden, und zweitens sind sie wirklich zeitlich begrenzt. Sie müßten also der bayerischen Staatsregierung als Ersatz für ihre einseitigen Maßnahmen durchaus willkommen sein, wenn es tatsächlich dieser Regierung nur um die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu tan ist. Gerade die Ablehnung der Reichsverordnung ist der sicherste Prüfstein dafür, daß es rein politisch partikularistische Erwägungen sind, die das Verhalten der bayerischen Regierung diktiert. Eine weitere Schwäche oder abwartende Haltung gegenüber diesen Regungen könnte in der Tat das Ende des Reiches bedeuten.

3500 M., das zur Befriedigung seiner Gläubiger dienen sollte, nur in Höhe von 1500 M. zu diesem Zweck verwendet hatte, daß er unter falschem Namen in städtische Dienste getreten war, und auf Grund der Tatsache, daß er bei seiner Anstellung verschwiegen hatte, daß er infolge seiner Kriegsschädigung als zu 66 2/3 Prozent erwerbsunfähig geschrieben worden war, sei er strafflos entlassen worden.

Stadtrat Stoll trat den gegen ihn gerichteten Angriffen in allen Punkten entgegen. Es sei bedauerlich, daß solche auf Grund von Zeitungstimmen erhoben werden. Ein Disziplinungsverfahren gegen sich zu beantragen, habe er gar keine Veranlassung, aber er habe sich an den Magistrat gewandt, damit dieser gegen die „Deutsche Tageszeitung“, die fortgesetzt beleidigende Behauptungen in dieser Angelegenheit veröffentlicht habe, etwas unternahme. Die Sache schwebt nach, und vor Gericht werden die Vorwürfe und Tatsachen gründlich geprüft und geklärt werden. Wenn Mißstände noch andauern, so stammen sie nicht seit dem Tage seines Amtsantritts, sondern seien auf die alte Verwaltung zurückzuführen.

Oberbürgermeister Boehl: Die Reichsregierung hat nicht auf den Magistrat eingewirkt, die in der Magistratsvorlage vorgeschlagene Reorganisation vorzunehmen. Es ist dies nicht auf Grund der Initiative der Reichsregierung, sondern unserer eigenen Geschehen.

Stadt v. Mertens (Dem.) ist von den Ausführungen des Stadtrats Stoll durchaus nicht befriedigt. Der beantragte Ausschuss werde ernsthaft die Reorganisation zu prüfen haben — hoffentlich nicht im Geiste Sidis! (Anruhe links.)

Nach längerer Erwidern des Stadtrats Stoll, in welcher er offenmäßig die Unrichtigkeit der Behauptung jener Reorganisation „Geht stehen um“ nachzuweisen sucht, empfahl Stadt v. Schälke (Dnt.) unter Angehen auf die Amtsführung Stolls einen vom

Stadt v. Eynern (Sp.) gestellten Antrag, die Magistratsvorlage einem Ausschusse zu überweisen und diesem zugleich die Prüfung der Verhältnisse in der Kriegsflurjorge zu übertragen.

Stadt v. Brückner (S. P. D.): Die ganze Sache ist vom „Kommunisten-Schreck“ aufgebaut worden.

Stadt v. Manasse (U. S. V.): Die ganze Sache riecht ein wenig nach Wahlpropaganda.

Nach Schluß der Debatte wird der Antrag v. Eynern auf Ausschussberatung angenommen.

Schluß 8 1/2 Uhr. Es folgt eine geheime Sitzung.

Betriebsräte und Steuerfragen

Eine Generalversammlung der Groß-Berliner freigewerkschaftlichen Betriebsräte nahm am Mittwoch Stellung zur Steuerfrage. Referent war der Rechtssozialist E. Heintz, der nach längeren Ausführungen der Versammlung Leitfäden zur Beschlußfassung vorlegte.

Das Korreferat hatte Genosse Emil Barth übernommen. Unter scharfer Artifizierung der heinrichischen Leitfäden begründete er eingehend seine ebenfalls gedruckt vorliegenden Leitfäden und forderte deren Anerkennung.

Nach kurzer Diskussion und den Schlussworten der Referenten beschloß die stark gelichtete Versammlung, über die Leitfäden nicht abzustimmen, sondern diese als Informationsmaterial zu betrachten.

Ein Antrag, der die Einberufung eines Reichsbetriebsräte-Kongresses forderte, wurde dem Zentralrat überwiesen.

Besonders preiswert:
Bruyère-Pfeifen 10⁵⁰ 15⁵⁰ 21⁵⁰
 jedes Exemplar trägt die Marke edel Bruyère, St.
Feine Toilette-seife 135
 ca. 100 Gramm, Stück

Gardinen

Halbstore Elaumin, mit geweb. Einsatz	55 ⁰⁰	69 ⁰⁰	95 ⁰⁰
Halbstore Erbs- küll, reiche Bändchenorbell	55 ⁰⁰	95 ⁰⁰	115 ⁰⁰
Gardinen Melerware	5 ⁷⁵	6 ⁷⁵	9 ⁵⁰
Bettdecken 2bellig	135 ⁰⁰	168 ⁰⁰	190 ⁰⁰
Etamin 150 cm breit, gemustert,			22 ⁰⁰
Allovernet klein gemustert,	13 ⁵⁰	19 ⁵⁰	

Teppiche

Deutsch-Perser ca. 50x100 60x120 90x180 165x230 180x290 cm	39 ⁰⁰	62 ⁰⁰	138 ⁰⁰	295 ⁰⁰	425 ⁰⁰
Wollperser mit Fransen ca. 90x180 200x300 250x350 300x400 cm	395 ⁰⁰	1500 ⁰⁰	2225 ⁰⁰	3000 ⁰⁰	
Läuferstoff boucléartig, extra schwer, 67 cm breit				38 ⁰⁰	
Künstlergarnitur 3teilig, Figurenmuster	142 ⁰⁰				

Seltener Gelegenheitskauf

diverser
Bijouterien
 darunter:
 Broschen, Kolliers, Manschettenknöpfe,
 Taschenbügel, Hulnadeln, Ringe usw.
 95 Pl. 1⁹⁰ 2⁹⁰ 3⁹⁰ 5⁹⁰ 7⁹⁰ 8⁹⁰
Enorm billig

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
 7 1/2 Uhr:
Der Bauer als Millionär
 Neues Volks-theater
 Köpenicker Str. 68.
 7 1/2 Uhr: **Lokalbahn**

Wallner-Theater
 Täglich 7.30 Uhr:
Nixchen
Rose-Theater
 8 Uhr:
 Die zärtlichen Verwandten

Staatstheater.
 Opernhaus
 7 1/2 Uhr: Iphigeneia auf Tauris
 Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr: König Richard III.
 Direktor: Max Reinhardt.

Walhalla-Theater
 7.30 Uhr:
Die schöne Helena

Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr: Potisch u. Perlmutter
Kammerspiele
 7 1/2 Uhr: Die Böden der Pandora
Großes Schauspielhaus
 8 Uhr: Die Weber
 (Maler-Abend)

Thalia-Theater
 Die Operette 7 1/4
 von der ganz Berlin
 sprechen wird
 Scham-Dich-Lotte
 mit
 Eduard
 Lichtenstein
 u. G.

Theater l. d.
Königgräber Str.:
 Täglich 7.30 Uhr:
Satans Maske
 Mit dem Feuer spielen
 Maria Orska, Hermann, Blot

Apollotheater
 11 Uhr: **Internationales
 Varieté-Programm**
 Auslands-Sensationen

Komödienhaus:
 Täglich 7.30 Uhr:
**Max Pallenberg
 Hans Wabmann**
 Im neuen Burlesken-Schemen
**Jonny
 Busenfreund**

Theater a. Kottbus. Tor
 Tel.: Moritzplatz 16077
 Täglich 7 1/2 Uhr und
 Sonntag nachm. 3.11.
**Bühnen-Konzert
 Elite-Sänger**
 Werk. 11-12, u. 4-6

Berliner Theater:
 7.30 Uhr nach 3 Vorst. d. g.
**DAS
 Milliarden
 SOUPER**

**Circus
 Taraselli**
 Bahnhof Friedrichstr.
 Täglich
Vorstellung

**Theater
 am Rollendorfsplatz**
 8 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

11 Schläger

7 1/2 Uhr: Residenz-Theater
 Paul Wegener, Irina Triltsch
in Totentanz

**Circus
 Taraselli**
 Bahnhof Friedrichstr.
 Täglich
Vorstellung

Trianon-Theater
 8 Uhr: Ida Walf in
Die große Leidenschaft

**Circus
 Taraselli**
 Bahnhof Friedrichstr.
 Täglich
Vorstellung

Kleines Theater
 Heute, 7 Uhr, zum 1. Male:
 Fräulein Josette — meine Frau

**Circus
 Taraselli**
 Bahnhof Friedrichstr.
 Täglich
Vorstellung

7 1/2 Casino-Theater
Erzelenz Mager
 Sonntag 3 1/2 Mittelact

**Circus
 Taraselli**
 Bahnhof Friedrichstr.
 Täglich
Vorstellung

**Billige an Wald und Wasser gelegene
 Parzellen in Heiligensee**
 bei Tegel.
 Sehr guter Boden. In jeder Größe.
 Anzahlung von M. 600 an. Schnelle Abzahlung
 durch: Vermögensgesellschaft Heiligensee, Berlin SW 20 6,
 Schiffbauerdamm 28. Tel.: Norden 716 / In Heiligensee
 im Bureau oder bei Pamprecht, Restaurant Rothkappchen,
 Heiligensee, Altschloßallee. Tel. Nr. d. Tegel-Heiligensee, Straßenb.

**Circus
 Taraselli**
 Bahnhof Friedrichstr.
 Täglich
Vorstellung

**Kapitän:
 Kautabaf**
 einmal geprobt — immer gelobt.
 Feinster Geschmack; stets frisch. Zu
 kaufen in den Zigarren-Geschäften usw.
 Keine Verkaufsstellen sicher ein
 Generalvertrieb C. Müller, Berlin,
 Dichtendörfer Str. 22 (Kgl. 1921)

**Circus
 Taraselli**
 Bahnhof Friedrichstr.
 Täglich
Vorstellung

Mass-Ersatz!
 Lehnhaus Brunnenstraße 5
 Rosenthal.
 Tel. ...
 Fahrgehalt-Vergütung!

**Circus
 Taraselli**
 Bahnhof Friedrichstr.
 Täglich
Vorstellung

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer

Rotationen!
 Freitag, den 9. September, abends 8 Uhr pünktlich,
 im Gewerkschaftshaus, Restaurationsraum
Berjammlung
 Jeder hat zu erscheinen.
 Albert Masfani, Gustav Hof.

Gewaschen mit
Dixin

 Henkel's Seifenpulver
 Düsseldorf

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Berwaltungsjahre Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
 Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
 Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Uhrmachergehilfen Groß-Berlins

Große öffentliche Berjammlung

am Sonntag, den 11. September 1921, vorm. 9 1/2 Uhr,
 im Berliner Klubhaus, Oranienstr. 2 (in der Nähe der
 Köpenicker Str. und Brückenstr.). Fahrverbindung: Stadtbahn
 Jannowitzbrücke, Ufergrundbahn Jannowitzbrücke, Straßenbahn
 Linien 1, 2, 3, 4, 6, 10, 11, 19, 22, 28, 29, 30, 37, 41, 45, 46,
 49, 52, 57, 68, 90.
Tagesordnung:
 1. Stellungnahme zum Tarif.
 2. Anschlag an den Metallarbeiter-Verein.
 3. Freie Aussprache.
**Für alle Uhrmachergehilfen im Laden u. Groß-
 betrieb ist es dringende Pflicht zu erscheinen.**
 Deutscher Metallarbeiter-Verein
 Verein Berliner Uhrmachergehilfen von 1870.

Botenfrauen sofort gesucht!

„Freiheit“-Ausgabestelle, Mittag
Berlin-Brig, Chausseestr. 82
**Expedition Werner
 Greifswalder Straße 29**
 Tour: Wilm-, Christburger-, Poststrasse.
**Expedition W u h k i
 Choriner Straße 68**

Innungskrankenkasse der Tischler-Innung zu Berlin.

9. Nachtrag
 zur Satzung der Innungs-
 krankenkasse der Tischler-Innung
 (Innungssatzung) zu Berlin.
 § 11 Absatz 1 Ziffer 1 erhält
 folgende Fassung:
 „Krankpflege vom Beginn
 der Krankheit an; sie umfasst
 ärztliche Behandlung und Ver-
 sorgung mit Arznei sowie Brillen
 und Verbander und anderen
 kleineren Heilmitteln bis zum
 Abschlusse von 150 Mark.
 Die Kasse darf auch einen Zu-
 schuss für größere Heilmittel bis
 zu diesem Betrage und in ge-
 eigneten Fällen auf Vorhanden-
 heitlich auch Krankenkost ge-
 währen.“
 Der Vorstand:
 Otto Gronau, Vorsitzender.
 Hermann Kästner, Schriftf.
 Ernst Meißner,
 Charlottenburg,
 den 29. August 1921.
 Oberverwaltungsamt Berlin.
 von Ostrowsky.

Deutscher Metallarbeiter - Verband

Verwaltungsjahre Berlin.
Todes-Anzeige
 Den Kollegen zur Nach-
 richt, daß unser Kollege,
 der Dreher
Karl Priem
 am 6. September ge-
 storben ist.
 Eine seinem Angehörigen
 die Beerdigung findet
 am Freitag, 9. September,
 nachm. 1 1/2 Uhr, im Krem-
 atorium Reichstraße, Nord-
 west. Beteiligung erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

Münzen Münzen

Sammlungen
 Kauf, Verkauf, Berlin,
 Wilhelmstr. 46/47
 Handlung

Nachruf.

In Ausübung seines Berufes verstarb
 an den Folgen eines Unfalles am
 3. d. Mts. der Arbeiter
Herr Paul Tamm.
 Tiefbetäubt bedauern wir lebhaft,
 daß dieser treue Mitarbeiter so uner-
 wartet aus dem Leben gerissen wurde.
 Wir werden dem Dahingegangenen
 stets ein gutes Andenken bewahren.
Deutsche Werke Aktiengesellschaft
 Werk Spandau (Abt. Motorenwerk)
 Die Direktion.
 Spandau, den 6. September 1921.

Soeben ist erschienen:

KARL KAUTSKY
**Von der
 Demokratie zur
 Staats-Sklaverei**
 Eine Auseinandersetzung mit TROZKI
 128 Seiten
 Preis gut kartoniert 12.— Mark

In dieser Schrift untersucht Kautsky drei Fragen: Die
Gründe für die Forderung der Arbeiterklasse nach
 der **Demokratie**; die Bedeutung der **Diktatur** der
 Arbeiterklasse und ferner die wichtige und ständig
 an Bedeutung gewinnende Frage über das **Ver-
 hältnis des Sozialismus zum Arbeitszwang**

Bestellungen werden erbeten an
Buchhandlung „Freiheit“
 Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Für 10 Mark

schonlich erhalten Sie
 bei hiesiger Expedition
 ein gutes Maß jeder
 Art: **Gardinen,
 Bettwäsche, Damen-
 wäsche, Teppiche**
 usw. usw.
**Zorndorfer Straße 54
 Barthel**

Geld

für jede Verzinsung. Schnelle An-
 kaufpreise für Pfandbriefe,
 Reichsbank, Goldpfandbriefe,
 Treppchen, Böcher usw. Wolff,
 Fricke-Druckerei, 47/48, Ecke Koch-
 strasse.

Kreuz-, Alaska-, Silber-, Zobel-, Rotfuchsse

hausend billig s. 300 RM. an
 sehr
**Skunks-Garn.
 Peizfutter**
 f. Dom. u. Herrn s. 250 RM. an
Felle f. Besatz
 amer. Op. 60, austr. Op. 110,
 russ. El. 25, biberstfell. 45 N. a.
Hamsterfelle
 f. Sportziele, sehr preiswert
**Peizwarenhaus
 A. Klab & Co.**
 Rosenfelder Str. 40/41
 am Hackeschen Markt

Zeigfeldstecher

6 und 8 Stck, kauf händig
M. Stockelmann,
 Berlin W 9, Potsdamerstr. 125
 (Nahm. 9229).

Rauchtabak

Pfund 18 Mark
 Holländer . . . 20 RM.
 Schmeck. Kaiser . . . 22 RM.
 Götter . . . 23 RM.
 Gold Stag . . . 27 RM.
Rund Große Hamburger
 Straße 1, 1

Allgem. Ortskrankenkasse für Adlershof u. Umgegend.

Bekanntmachung.
 Auf Grund des § 50 der Satzung sind für die Wahlperiode
 vom 1. Januar 1922 bis 31. Dezember 1923 in getrennter
 Wahlkabine zu wählen:
**15 Arbeitgebervertreter u. 30 Erfahrglieder,
 30 Versicherungsvertreter u. 60 Erfahrglieder.**
 Die Arbeitgeber wählen am
Freitag, den 21. Oktober 1921, von nachm. 1—6 Uhr
 im Restaurant Schöps, Berlin-Adlershof, Adlers-
 hofstraße 8.
 Die Versicherer wählen am
Donnerstag, den 20. Oktober 1921, von vorm. 10 Uhr
 bis nachmittags 7 Uhr
 a) im Bezirk I. (Alle diejenigen Kaffeemitglieder, deren
 Wohnort in Berlin-Adlershof, einschließlich
 Schöpsweg liegt) im Restaurant Schöps, Berlin-Adlershof,
 Adlershofstraße 8;
 b) im Bezirk II. (Alle diejenigen Kaffeemitglieder, deren
 Wohnort in Berlin-Adlershof, einschließlich
 Schöpsweg liegt) im Restaurant Schöps, Berlin-Adlershof,
 Adlershofstraße 8;
 c) im Bezirk III. (Alle diejenigen Kaffeemitglieder, welche
 in den übrigen Ortsteilen des Kaffebezirks ihre Wohn-
 stätte haben) im Restaurant Schöps, Berlin-Adlershof,
 Adlershofstraße 8;
 d) Verschiedene Kaffeemitglieder üben ihr Wahlrecht bei
 den jeweiligen Wahlstellen aus, in deren Bezirk sie wohnen
 außerhalb des Kaffebezirks Wohnende wählen in dem
 in der Wohnung am nächstgelegenen Wahlort.
 Die Wahlberechtigten werden hiermit aufgefordert, Wahl-
 berechtigt zu sein für Arbeitgeber und Versicherer bis spätestens
 Donnerstag, den 6. Oktober 1921, nachmittags 6 Uhr, dem
 Kaffevorstand einzugehen. Die Wahlberechtigten müssen
 mindestens je 10 Kaffebeiträge im vorangehenden Jahr
 zusammen mindestens 30 Einheiten vorweisen. Die
 Wahlberechtigung ist an die Wahlberechtigung gebunden. Die
 Wahlberechtigung für Versicherer ist von jedem Gewerke eine
 Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Aufnahme der Kasse
 bereit ist.
 Die aus den einzelnen Wahlberechtigten sich ergebende
 Wahlkabine müssen bis zum Sonntag, den 16. Oktober 1921
 fertiggestellt sein.
 Die Arbeitgeber- und Mitarbeitervereine können wäh-
 rend der Wahlzeit von 8—1 Uhr im Kaffeklub Adlershof
 im Adlershof einbezogen werden. Einpaßkarte gegen die
 Kaffebeiträge bis zum Donnerstag, den 6. Oktober 1921, beim
 Kaffevorstand unter Vorlegung von Beweismitteln einzu-
 legen. Die Wahlberechtigten müssen am Wahltag
 in der Hauptkassette zu Adlershof zur Kasse kommen.
 Es ist die einschlägigen Bestimmungen der Satzung und
 Ordnung mit besonders hingewiesen.
 Der Wahlberechtigte ist befragt, die Wahl und Erwerb
 berechtigung jedes Wählers zu erklären und sich dabei
 rechtzeitige Befreiung eines Kaffebeitrages einzuholen. Die
 Ausnahme werden von den jeweiligen Kaffebeiträgen oder
 zugehörigen Kaffebeiträgen der Kasse in den Kaffebeiträgen
 von 8—1 Uhr ausgegeben und sind dort einzulösen.
 Ohne Ausnahme darf nicht gewählt werden.
 Die Arbeitgeber erhalten die hierzu notwendigen Formulare
 auf der Hauptkassette in Adlershof oder auf den Adlershof
 stellen in der Zeit vom 7. 10. bis 20. 10. 11 von 8—1 Uhr.
 Berlin-Adlershof, den 6. September 1921.
 Der Vorstand der Allgem. Ortskrankenkasse für Adlershof u. Umgegend.
 Max Zupp, Vorsitzender.

Groß-Berlin

Die Lohnbewegung der städtischen Arbeiter

Der Schiedspruch gefällt.

Vor dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin begannen am gestrigen Vormittag die Tarifverhandlungen zwischen dem Magistrat und den städtischen Arbeitern und Angestellten. Die Kammer setzte sich aus drei Unparteiischen, dem früheren Reichsminister Rudolf Wissell als Vorsitzenden und dem Geheimrat Lindenau sowie dem Regierungsrat Freiherrn v. Massenbach zusammen, als Beisitzer fungierten vom Magistrat der Stadtkammerer Dr. Karling und die Stadträte Schünning und Kohl, von Arbeitnehmerseite Logoschinski für den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, Böhmert, vom Transportarbeiterverband und Walter vom Zentralverband der Angestellten. Wortführer der Arbeitnehmer war Polenske vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, der in längeren Ausführungen die Forderungen der städtischen Arbeiter und Angestellten an der Hand von Wirtschaftstafeln begründete. Die Forderungen gehen auf eine Lohnerhöhung von 1,50 M. bis 2,50 M. für die verschiedenen Arbeitnehmerkategorien. Im Anschluß an die Ausführungen Polenskies kam es zu längeren Auseinandersetzungen über die Zulassung des Verbandes der Kopf- und Handarbeiter und des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestelltenverbände zu den Verhandlungen. Die Schlichtungskammer leitete schließlich die Zulassung der beiden Organisationen als Verhandlungskontrahenten ab, da lediglich mit dem Lohnrat der Magistrat Berlin zu verhandeln sei. Der Vorsitzende Wissell betonte bei dieser Gelegenheit, daß die Kammer keine geschliche, sondern eine verbindliche Schlichtungsstelle darstelle.

Nach fast dreistündiger Beratung verkündigte der Vorsitzende der Spruchkammer für die städtischen Arbeiter und Angestellten, Reichsminister a. D. Wissell nachmittags folgenden Schiedspruch:

Auf sämtliche nach dem 6. Lohnrat zu zahlende Löhne, und zwar

- a) auf die Löhne der erwachsenen männlichen Arbeiter ist eine Erhöhung von 1 Mark, und
- b) auf die Löhne der Arbeiterinnen, Jugendlichen und mindererbwerbsfähigen Arbeiter eine Erhöhung von 80 Pf. pro Stunde zu zahlen. Dementsprechend sind auch die Gehälter für die nicht ständig Angestellten zu erhöhen.

Diese Erhöhung gilt ab 1. September d. J. Der Tarif ist erstmalig am 1. November zum 1. Dezember d. J. kündbar. Im übrigen bleiben die Bestimmungen des 6. Lohnrates in Kraft.

In der Begründung des Schiedspruches wird ausgeführt, daß angesichts der bestehenden und voraussichtlich noch steigenden Teuerung eine Erhöhung der Löhne angemessen erschien. Der Schlichtungsausschuss habe dabei sowohl der schlichten Finanzlage der Stadt Berlin, wie auch der Notlage der städtischen Arbeitnehmer Rechnung getragen. Wenn auch die augenblickliche Preissteigerung keine Lohnerhöhung um eine Mark pro Stunde rechtfertigt, so habe der Schlichtungsausschuss dennoch der mutmaßlichen Entwicklung der Teuerung Rechnung getragen, um für absehbare Zeit den städtischen Bediensteten Ruhe zu verschaffen. Zu einer Abänderung der Ergänzungsbestimmungen des Manteltarifses sei der Schlichtungsausschuss nicht berufen gewesen.

Am Freitag abend werden die Funktionäre der städtischen Arbeiter und Angestellten in einer Versammlung zu diesem Schiedspruch Stellung nehmen und einen Beschluß über Annahme oder Ablehnung fassen.

Jugendweihe anstatt Einsegnung

Bei den bevorstehenden Schulentlassungen entstehen für die Eltern der zur Entlassung kommenden Kinder nicht geringe Sorgen, die durch die materielle Not hervorgerufen werden. Die Eltern wissen nicht woher sie das Geld nehmen sollen, um den Kindern die notwendige Kleidung zu beschaffen. Alle schon längst häufig gemachten und immer wieder aufgeschobenen Neuanfassungen müssen jetzt unbedingt vorgenommen werden.

Es ist darum nicht nur aus Zweckmäßigkeitsgründen richtig, wenn die anzuschaffenden Sachen so ausgewählt werden, daß diese auch für den gewählten Beruf brauchbar sind, sondern die Doppelbeschaffung ist den meisten Eltern gar nicht möglich. Die Kirchen hatten während des Krieges diesem Zustand auch Rechnung getragen, indem sie in den meisten Gemeinden nicht mehr darauf bestanden, daß die Kinder in schwarzer Kleidung zur Einsegnung kamen, sondern sie waren zufrieden, daß ihre Schicksale überhaupt kamen.

Der Pfarrer M. Köppen vom Geistlichen Amt Altlichten in Berlin S. scheint allerdings anderer Ansicht zu sein. Er verlangt von seinen Konfirmanden, daß sie eine von ihm vorgeschriebene „Ordnung“ betreffs des Konfirmationskleides unbedingt innehalten. Er schreibt einer Mutter, die es ablehnte, ihr Kind ein Kleid nach Vorschrift zu beschaffen, daß er erwarte, daß sie ihr Kind anderswo unterbringe. Er läßt sich von seiner einmal „aufgestellten Ordnung“ nichts „abwringen“. Für den Fall, daß die Mutter sich nicht fügt, ist er sogar bereit, die bereits eingezahlten 1,50 M. zurückzahlen. Mehr Entgegenkommen wird wohl niemand von einem Pfarrer verlangen.

Die Forderung des Pfarrers hat erst die Mutter veranlaßt, zu tun, was angeordnete Arbeiter für selbstverständlich halten, ihr Kind endgültig der Kirche zu entziehen und zur Jugendweihe der Arbeiterbildungsschule der U. S. D. anzumelden.

Diese Jugendweihen sind seit einigen Jahren eine ständige Einrichtung geworden, ein Zeichen der geistigen Befreiung des Proletariats. Diese Weihen werden immer mehr echte und rechte Jugendweihen des Proletariats.

Wie sie die Arbeiterbildungsschule veranstaltet, erfreuen sie sich des ungeteilten Beifalles der Arbeiterklasse. Eine solche Feier in den gemauerten Räumen des Großen Schauspielhauses, wo die Kinder zum erstenmale der lebendigen Partei ihrer Klasse nahe treten, muß allen Beteiligten in dauernder Erinnerung bleiben.

Neue Tuberkulose-Fürsorgestellen

Der Magistrat teilt mit: Die Stadtgemeinde Berlin hat am 1. September 1921 vier Tuberkulose-Fürsorgestellen eröffnet und damit einen Schritt vorwärts in der Bekämpfung der Tuberkulose getan. Die neuen Fürsorgestellen befinden sich in den städtischen Krankenhäusern Moabit, Friedrichshain, Am Urban und im Rudolf-Virchow-Krankenhaus. Ihre Aufgabe ist die Untersuchung und Beratung aller ihnen überwiesenen fürsorgebedürftigen Tuberkulösen, einschließlich der Verdächtigen und Gefährdeten sowie die Vermittlung einer geeigneten Behandlung. Größtes Gewicht soll auf eine exakte Diagnose gelegt werden, die unter Ausnutzung aller Hilfsmittel der modernen klinischen Untersuchungsmethoden gestellt werden soll. Hierdurch wird die besonders sorgfältige Auswahl von Kranken für Heilstätten ermöglicht werden.

Die Überwachung und Beratung erstreckt sich auch auf die Familien der Tuberkulösen unter besonderer Berücksichtigung der Wohnungsverhältnisse. Dieser Dienst wird von speziell ausgebildeten Schwestern versehen. Eine Behandlung im üblichen Sinne findet in der Tuberkulose-Fürsorgestelle nicht statt. In Fürsorge genommen werden nur Personen, die von Ärzten, Krankenkassen usw. überwiesen werden.

Die Sprechstunden sind:
Rudolf-Virchow-Krankenhaus: Montag, Dienstag, Freitag 11-1.

Krankenhaus Moabit: Montag, Mittwoch, Sonnabend 12-1.
Krankenhaus am Friedrichshain: Dienstag, Freitag 12-2.
Krankenhaus Am Urban: Dienstag, Donnerstag, Freitag 8-10.

Der Berliner Brennholzverkauf im Winter 1919/20

Das Nachrichtenamt des Magistrats schreibt:
Im Hauptausfluß des preussischen Landtages ist bei Beratung des Fortsetzungsbeschlusses auf die Anfrage eines Abgeordneten von dem Oberlandforstmeister v. d. Busche angegeben worden, daß die Stadtgemeinde Berlin 300 000 Raummeter Holz zu 20 bis 25 M. aus Staatsforsten erhalten und zu 70 bis 80 M. weiterverkauft habe. Diese Mitteilung muß wenigstens in der Form, in der sie in der Presse wiedergegeben worden ist, den Eindruck erwecken, daß die Stadt Berlin ihr vom Forstfiskus in verlustwertigem Zustand zur Verfügung gestelltes Brennholz mit einem ungeheuren Preiszuschlag weiterverkauft habe. Der Sachverhalt ist vielmehr folgender:
Der Kohlenverband Groß-Berlin hatte im Herbst 1919, also zu einer Zeit, als die Kohlennot in Berlin am größten war und für den Winter eine Katastrophe drohte, für die Herstellung möglichst großer Mengen Brennholz nach Berlin Sorge getragen. Die staatliche Forstverwaltung hat zu diesem Zweck dem Kohlenverband 300 000 Raummeter Brennholz aus sta-

atischen Wäldern an. Dieses Holz wurde aber „auf dem Stamm“ zur Verfügung gestellt, d. h. es mußte erst eingeschlagen und im Hinblick auf den unmittelbar vor der Tür stehenden Winter mit größter Beschleunigung nach Berlin transportiert werden.

Zur Bewerstilligung dieser Aufgaben bediente der Kohlenverband sich der von ihm hierzu ins Leben gerufenen „Holzhilfe G. m. b. H.“, die innerhalb weniger Wochen in ungenügender Jahreszeit das Holz zu fällen, aus den bereiteten und verpackten Wäldern nach den Wasserstrassen zu schaffen, und dann auf dem Wasserwege unter Benutzung von Eisbrechern nach Berlin zu transportieren hatte. Das Holz war dem Kohlenverband zum Preise von durchschnittlich 23 M. auf dem Stamm zur Verfügung gestellt worden. Die Unkosten für das Einschlagen und die Bewachung des Holzes, für das Aufsäumen der Schläge, für den Transport aus den Wäldern nach den Kanalablagen, für den Bau und Betrieb von Freisbahnen, für das Verladen in die Kähne usw. beliefen sich allein auf etwa 43 M. für den Raummeter. Hinzu kamen noch die Frachtkosten in Höhe von durchschnittlich 8 M., so daß die Gesamtkosten des Holzes frei Berlin sich somit auf 74 M. durchschnittlich stellten. Die Holzhilfe G. m. b. H. hat das Holz zuerst zu 70 M., später zu 77 M., zuletzt, als Löhne und Materialien weiter gestiegen waren, zu 85 M. an die Groß-Berliner Gemeinden abgegeben. Ein Teil des Holzes wurde auch an den Holzhandel verkauft. Esparnisse, die von der Holzhilfe erzielt wurden, kamen den — damals noch selbständigen — Groß-Berliner Gemeinden zugute, da ihnen eine entsprechende Summe auf das Holz zurückvergütet wurde. Die von der Holzhilfe festgesetzten Verkaufspreise hielten sich stets wesentlich unter den im freien Handel geforderten und haben verhindert, daß in den kritischen Wintern 1919/1920 die Allgemeinheit zum Tummelplatz wilder Preistreiber auf dem Holzmarkt geworden ist.

Nehmt Rücksicht auf unsere Schwer-Kriegsbeschädigten!

Ein Schwer-Kriegsbeschädigter sendet uns folgende Mahnung:
Dieser Anregungen und langwieriger Verhandlungen hat es bedurft, bis die Eisenbahnverwaltung besondere Abteile für Schwer-Kriegsbeschädigte zur Verfügung stellte und diese Abteile durch Tafeln, die die Worte tragen: „Nur für Schwer-Kriegsbeschädigte“ kenntlich gemacht hat. Man glaube dadurch den Zweck erreicht zu haben, aber weit gefehlt. Wer öfter oder täglich die Eisenbahn benutzte, kann die Wahrnehmung machen, daß die betreffenden Abteile fast ausnahmslos von Nicht-Kriegsbeschädigten besetzt oder gar überfüllt sind.
Das Publikum muß es als Pflicht betrachten, solche Abteile nicht zu besetzen, damit den Schwer-Kriegsbeschädigten ihre Fahrten möglich werden.

Parteilich. Auf eine 30jährige Parteizugehörigkeit blüht der Genosse Otto Galle, Adalberstr. 72, zurück. Wir wünschen dem Publikum, daß er noch recht lange im Interesse unserer gemeinsamen Sache in der Partei wirken kann.

Das nächste städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Haepel findet am Freitag, den 9. September, abends 8 Uhr, in der Brauerei Köpenick, Schönhauser Allee 10-11, statt. Das Programm lautet: Beethoven-Abend, Duette für „Leonore II“, Nr. 4 und 5 aus „Die Geschöpfe des Prometheus“, zwei Romane G-dur und F-dur für Violine (Konzertmeister M. v. d. Berg), Sinfonie Nr. 4 B-dur.

Handelsanwalt Wauer verhaftet. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht I ist gestern der Generalbevollmächtigte des Köhn-Konzerns, der Handelsanwalt Gerhard Wauer verhaftet und in das Moabit-Untersuchungsgewahnsamnis eingeliefert worden, unter dem bringenden Verdacht, an den von Köhn begangenen Straftaten beteiligt zu sein. Wie bekannt, wird Wauer beschuldigt, durch die Gründung der „Aktien-Gesellschaft für Sportunternehmungen“, die er im Juli angebl. zur Sicherung der Gläubigereinzahlungen vornahm, die Gläubiger benachteiligt zu haben. Von Rechtsanwalt Dr. Kurt Pinckus ist gegen diesen Haftbefehl Beschwerde erhoben worden mit der Begründung, daß Wauer jede Benachteiligung der circa 30 000 Köhn-Konzerngläubiger fern gelegen habe und er bei Durchführung seiner Pläne, ähnlich wie im Klante-Konzern, den Gläubigern alle Einlagen gerechtfertigt hätte.

Steuerbefreiung für Führerhunde von Kriegs- und Friedensblinden. Der Reichsarbeitsminister hat angeregt, nach dem Muster einiger Länder im Interesse der Kriegs- und Friedensblinden auf die Kreise und Gemeinden dahin einzuwirken, daß sie in ihre Hundesteuerordnungen eine Befreiungsvorschrift für Führerhunde von Kriegs- und Friedensblinden aufnehmen. In einer Reihe von Ländern, so in Mecklenburg-Schwerin und Hamburg, ist bereits eine derartige Steuerbefreiung für alle Hundehalter, welche körperlicher Gebrechen wegen oder aus ähnlichen Gründen Hunde

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Kauf

(Fortsetzung.) (Kaufdruck verboten.)
„Ähnlich wie im Hause Thomann wurde überall in der Umgegend über Helene's Abreise und die Verhältnisse am Felsenbrunner Hof gesprochen, besonders als auch Alwine wegging, um draußen im „Gäh“ mit dem reichen Röber Hochzeit zu machen. Überall waren die Felsenbrunner das Tagesgespräch, besonders aber bei Mama Kageberger. „Des gut Lewe war benecht'ruin“, oder „daß die Helene fort ist, do sticht was behinner!“ sagte sie jeden Tag. „Ach laß sie fort sein!“ meinte Gretchen nachlässig. „Zwar mir kann's egal sein!“
Aber die Alte beschäftigte die ganzen Verhältnisse so sehr, daß sie des öfteren ihre emsig rasselnde Maschine anhält, aber sich gar eine Viertelstunde auf das erfahrene, grollende Kanapee zurückzog: „ich muß meine Gedanke Audienz gewawe“, meinte sie, „wer weiß, was alles noch werd.“
Das Kanapee grollte mit Recht. Es sollte durch ein neues modisches ersetzt werden und trug nur mehr mürrisch und voller Empörung die Lasten, die ihm aufgebürdet wurden.
Der Wohlstand auf Hofberg hob sich merklich; es gab keinen „Kandljuder“ mehr in den Kassen, es gab keine „Krummbeere“ mehr als einziges Gericht. Gretchen besaß eine feine Garnitur zur Pflege ihrer Hände, einen eleganten Waschtisch und spitzenbesetzte Nachthemden. Käthe war empört darüber und konnte sich gar nicht denken, woher der Segen auf einmal gekommen.
„Was braucht die Spitzenhemden und schneeweisse Nachthemden?“ schimpfte sie. Und da sie Anlagen zur Häuslichkeit, zum Gerecht- und Sparsamkeit hatte, machte sie ihrer Mutter alle Tage Vorwürfe ob der Verschwendung. „Wir sind doch arme Leut!“ sagte sie hundertmal am Tag.
„Ach wart norre, bis du so alt bist, no kriegst es oa so!“
„Ja, bis ich so alt bin, hab ich alles vertan“, widerlegte sie Käthe.
„Jetzt wird sie aber wirklich unbequem!“ bemerkte Gretchen mißlaunig und geärgert.
„Es hat sein Auge überall“, stimmte Madame Kageberger mit einem Seufzer bei.
„Tut m'r se fort.“
„Fort?“ Mama Kageberger schaute die schöne Tochter schuldungslos an und schmeckte so plötzlich von dem empörten

Sofa in die Höhe, daß es nicht nur grollte, sondern im heroischsten Ton donnerte.
„Fort? Wohin? Woher nehme?“
„Das laß meine Sorge sein“, beruhigte sie Gretchen, die stets große Worte in Bereitschaft hatte. „Der Balg ist mir ja ohnehin fortwährend im Wege.“
Madame Kageberger warf unsicher und doch jubelnde Blicke nach ihrer feinen und vornehmen Tochter und brachte einen kleinen Schrei zustande, der allen mütterlichen Stolz und alle mütterliche Liebe in sich trug. Von nun an war es beschlossene Sache, daß Käthe fort kam: „ins Institut“. Die Mutter zögerte noch, es dem „arme Kind“ mitzuteilen; schwaach wie sie ihren Töchtern gegenüber war, fand sie nicht den Mut, ihr das Leid zuzufügen. Auch kannte sie ihre Starrköpfigkeit und Widerspenstigkeit.
Als sie aber einmal in einer durch einige gute Tropfen verklärten Stunde ein Wortlein vom Institut fallen ließ, griff Käthe hastig danach. Das paßte ihr! Kein Ton mehr: „wir sind arme Leut“, sie sagte nur: „Serrgott bin ich froh, wenn ich da raus komm!“
„Käthe, es gibt m'r en Stih ins Herz, wann du so lieblos von deiner gute alte Mamme und von deiner liebe Schwester reibst.“
„Ich kann euer großartiges Getu nit mit angude!“
Als Mama Kageberger diesen Ausspruch Käthens Gretchen mitteilte, meinte die Schwester: „Ach was, die wird schon noch anders.“
„Ich wees nit emoi, ob ich's wünsche soll“, greinte die Alte, „sie is so e gediege Mädche!“
Gretchen drehte sich prüfend auf dem Absatz herum, daß sämtliche Röcke flogen — sie trug jetzt nur mehr seidene oder seidengefütterte — fuhr sich mit den weißen Händen durch den luppigen rotblonden Haarschopf und sagte: „Blödsinn! Dann jammer und kräh' auch nicht immer: „Ach e Kederle, nur noch e Kederle in meine alte Tage, e Käthe un e großer Häusche.“ Es kann ja noch alles kommen, warum denn nicht?“
„Gretchen!“ machte die Alte gerührt und blühte ihre reizende Tochter an, wie wenn sie sie zum erstenmal sähe, diese ihre Tochter, die Toiletten von ersten Firmen trug, und der sie nicht einmal die Unter Röde machen durfte.
„Er will's nicht haben“, protestierte sie, „er haßt sowas. Er haßt auch das Obeur, das ich gehabt hab. Englisch, englisch, englisch muß es sein“, trällerte sie nach eigener Melo-

die, stülpte, die Finger auspreizend, die Hände auf die Hüften und wiegte sich lachend vor dem Spiegel hin und her.
So kam Käthe durch die Liebe und die Günst der Schwester im vierzehnten Jahre fort, ohne eine weitere Regelung zu verraten als die der Freude, an einen fremden Ort zu kommen, und die der Geringschätzung für die ihr sehr fragwürdig und unbefähigt dünkende Heimat.
Freundinnen hatte sie auch als Kind nicht gehabt, nicht einmal Kameradinnen; ihr Schicksal war stets einsam gewesen. Lediglich brauchte sie eigentlich niemanden zu sagen, außer einem, dem alten Hannes.
Seit Peters Verschwinden war eine merkwürdige Freundschaft zwischen den Zweien entstanden, eine Freundschaft, die der Kuno lebhaft beargwöhnte.
Was brauchte die Krotz immer bei dem Alte zu rede?
Was trieb das Mädchen her?
Da kam sie immer mit ihrem halb verdrießlichen, halb mürrischen Gesichtchen, das so kluge und scharfe Augen hatte, und pikant ausgeföhren hätte, wenn der finstere Ausdruck nicht gewesen wäre, drückte sich frech an ihm vorbei und verschwand in des Hannes Stube.
Was tun die Zwei beisammen? sagte sich der Kuno.
Was tut der Kuno? — Der Kuno horcht. Da hört er, daß sie nur immer von Peter wippen, leise und zag, denn der Name darf im Haus nicht laut genannt werden.
Als damals der alte Töpel, der Hannes, Peters Brief dem Herrn überbrachte und hinausgeworfen wurde, stand die kleine Kagebergerin in seiner Stube und wenn er recht hörte, schniepte und heulte laut über die Geschichte und gab dem Alten etwas in die Hand: „Jah's fort, daß der Peter wenigstens noch was Liebes mit aufs Schiff kriegt“, sagte sie, — wenn er recht hörte.
Als der Hannes später, zwar nicht glorreich, sondern sehr gebrechlich und marode, wieder einzog, hosten die beiden wieder beisammen und wußten nichts zu reden als vom Peter. Natürlich glaubten sie alle zwei nicht, daß er tot sei, und schworen, er würde wiederkommen. Es konnte ihm ja „do drüwe“ keine Ruhe lassen, wenn's so zunging auf dem Felsenbrunner Hof!
Also von dem alten Busenfreunde allein nahm das Käthchen Abschied, belauert und verlaßt von Kuno, der ihr zum Abschied eine Faust nach machte.
(Fortsetzung folgt.)

